

G20 IN ZAHLEN

Gipfel der G20-Staaten in Hamburg 2017



Statistisches Bundesamt



Die
Bundesregierung



G20 GERMANY 2017
HAMBURG

Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Redaktion

Dr. Susana Garcia Diez

Daniel O'Donnell

Gestaltung

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Erschienen im Juni 2017

Bestellnummer: 0000167-17900-1

Papier

RecyStar Polar aus 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel

Fotorechte

Umschlag

© iStock.com / mf-guddyx

Seite 4 © Bundesregierung / Denzel, Jesco

Seite 5 © Statistisches Bundesamt

Seite 6 © iStock.com / baona

Seite 9 © iStock.com / KirstenDohmeier

Seite 14 © iStock.com / Rawpixel

Seite 22 © diego cervo – Fotolia.com

Seite 30 © R.M. Nunes – Fotolia.com

Seite 40 © iStock.com / grybaz

Seite 46 © iStock.com / oasisstrek

Seite 54 © iStock.com / soleg

Seite 64 © complize / photocase.de

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	4
Vorwort	5
1 Bevölkerung Migration	6
2 Wirtschaft Finanzen	14
3 Außenwirtschaft	22
4 Arbeitsmarkt	30
5 Digitalisierung	40
6 Landwirtschaft Ernährung	46
7 Klima Energie	54
8 Gesundheit	64
Glossar	74



Steffen Seibert
*Sprecher der Bundesregierung,
Chef des Presse- und
Informationsamtes
der Bundesregierung*

„Unsere Aufgabe ist, die vernetzte Welt zu gestalten“. So beschreibt die Bundeskanzlerin die Agenda der deutschen G20-Präsidentschaft. Wer gestalten will, was werden soll, muss wissen was ist. Fakten sind der Rohstoff verantwortungsvoller

Politik und die Grundlage seriösen Journalismus.

Wie bei der deutschen G7-Präsidentschaft 2015 liefert auch jetzt das Statistische Bundesamt Zahlen, Daten und Fakten über unsere vernetzte Welt. So steht denen, die in diesem Jahr G20-Politik machen, die über sie berichten und sie beurteilen, eine verlässliche Diskussionsgrundlage zur Verfügung.

Offenheit und Transparenz sollen die deutsche G20-Präsidentschaft auszeichnen. Die Bundeskanzlerin führt einen umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft. In sieben Dialogsträngen – Business20, Civil20, Labour20, Science20, Think20, Women20 und Youth20 – erarbeitet sich die Zivilgesellschaft ihre Positionen

zur G20-Agenda. Auch die Treffen der Agrarminister, der Außenminister, der Finanzminister und Zentralbankgouverneure, der Digitalminister, der Gesundheits- und Arbeitsminister stellen G20 auf ein breites Fundament. Die G20 kommen in fordernden und schwierigen Zeiten zusammen. Die Globalisierung der digitalisierten Welt bedeutet neue Herausforderungen und neue Chancen. Die G20 waren immer dann erfolgreich, wenn sie einen gemeinsamen Weg fanden. Wachstum, nachhaltig, inklusiv und ausgewogen kann nur mit- nicht gegeneinander erreicht werden. Kein Land allein kann die Bedrohung bewältigen, die der international operierende Terrorismus für uns alle bedeutet. Die Phänomene von Flucht und Migration, die so viele Menschen erfassen wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg, verlangen nach dem politischen Handeln der G20-Staaten. So wie Klimaveränderungen keine Grenzen kennen, gilt dies auch für Pandemien. Nirgends wird dies deutlicher als in Afrika. Deshalb gibt es unter deutscher Präsidentschaft auch im Juni die Konferenz „G20-Afrika Partnerschaft – in eine gemeinsame Zukunft investieren“ in Berlin.

Drei Grundsätze tragen die deutsche Präsidentschaft: Stabilität sicherstellen, Zukunftsfähigkeit verbessern, Verantwortung übernehmen. Jeder Grundsatz ist mit konkreten Themen und Aufgaben hinterlegt und als „Schwerpunkte des G20-Gipfels“ veröffentlicht. Das alles ist unter www.g20germany.de abrufbar.



Dieter Sarreither
*Präsident des
Statistischen Bundesamtes*

In einer zunehmend vernetzten Welt lassen sich viele gesellschaftliche Herausforderungen nicht mehr allein national bewältigen. Von Migration und Flucht über Finanzmarktregulierung, Klimawandel bis zur Prävention übertragbarer Krankheiten – globale Probleme erfordern international abgestimmte Lösungen.

Seit 2008 trifft sich die Gruppe der Zwanzig (G20) jährlich, um weltweite politische und ökonomische Fragestellungen zu diskutieren. Für das Jahr 2017 hat Deutschland die G20-Präsidentschaft übernommen und richtet am 7. und 8. Juli in Hamburg den G20-Gipfel aus. Zu diesem Anlass präsentiert das Statistische Bundesamt die vorliegende Broschüre mit internationalen Statistiken zu den Themen des Gipfels.

Mit dieser Veröffentlichung möchte das Statistische Bundesamt einen faktenbasierten Dialog fördern. Die amtliche Statistik ist den Grundsätzen der Objektivität und Neutralität verpflichtet – unsere Daten sind daher eine verlässliche Entscheidungshilfe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie zeigen auf, in welchen Bereichen Defizite vorliegen, ermöglichen zugleich aber auch die Messung und Bewertung von Fortschritten.

Die Agenda der G20 ist umfangreich und die Fragestellungen komplex. Diese Broschüre kann daher nur einen Einstieg in die relevanten Statistiken liefern. Wer tiefergehend recherchieren möchte, findet zu jedem Thema weiterführende Links oder kann sich an unsere Servicestelle für internationale Statistiken www.destatis.de/kontakt wenden. Unter www.destatis.de/g20 ist zudem eine interaktive Version dieser Broschüre verfügbar.

Besonders danken möchte ich dem Bundeskanzleramt und dem Bundespresseamt für die gute Zusammenarbeit und für ihre finanzielle Unterstützung bei der Erstellung dieser Broschüre.

A handwritten signature in blue ink that reads "Dieter Sarreither". The signature is written in a cursive, flowing style.

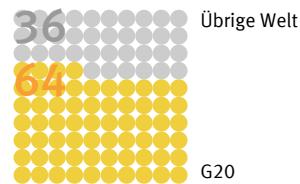


Demografischer Wandel

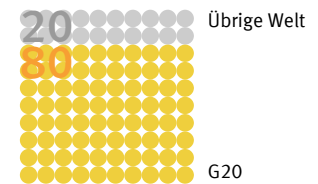
Die G20 umfasst insgesamt 19 Industrie- und Schwellenländer sowie die Europäische Union. In den G20-Staaten leben insgesamt etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung. Zusammen erwirtschaftet die Gruppe rund 80 % des globalen Bruttoinlandsprodukts. Aus demografischer Sicht stehen die G20-Staaten vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen. So ist in einigen klassischen Industriestaaten der Alterungsprozess der Bevölkerung bereits weit vorangeschritten. Die Folgen davon zeigen sich am deutlichsten in Japan: Dort kamen 2015 auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren bereits 47 Menschen über 65 Jahre.

Weltbevölkerung und Weltwirtschaftsleistung 2015

Anteil in %



Bevölkerung



Bruttoinlandsprodukt
(kaufkraftbereinigt)

Ein Punkt entspricht einem Prozent.

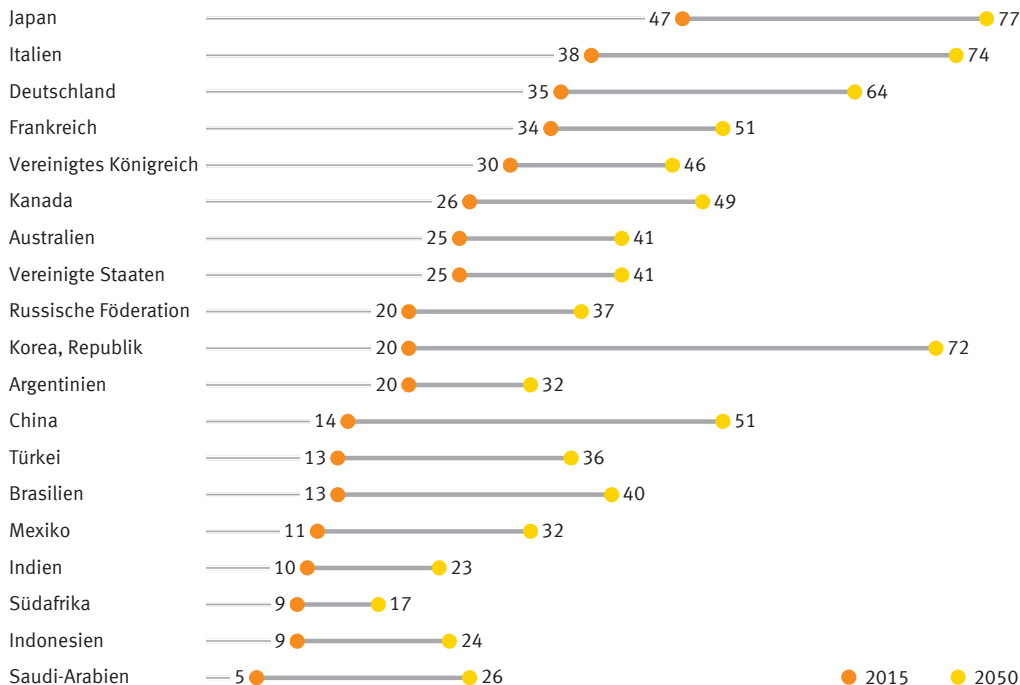
Quellen: Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF)
IWF-Schätzungen für Argentinien, Brasilien und die Europäische Union

Diese auch als Altenquotient bezeichnete Verhältniszahl lag in Italien bereits bei 38 und in Deutschland bei 35.

Der demografische Wandel macht aber auch vor den anderen G20-Staaten nicht halt. Bevölkerungsvorausberechnungen der Vereinten Nationen für das Jahr 2050 zeigen, dass sich der Altenquotient in allen G20-Staaten erhöhen wird. Ein besonders starker Anstieg wird in der Republik Korea und China erwartet. So wird sich voraussichtlich in der Republik Korea die Zahl der Senioren je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren zwischen 2015 und 2050 von 20 auf 72 erhöhen. In China wird der Altenquotient von gegenwärtig 14 auf 51 steigen.

Altenquotient 2015 und 2050

Anzahl der über 65-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20–64 Jahren



Keine Daten für die Europäische Union verfügbar.

Quelle: World Population Prospects: The 2015 Revision, Vereinte Nationen, Department of Economics and Social Affairs (UN DESA)

● Vorausberechnung für 2050: Mittlere Variante

1 Bevölkerung | Migration



Fokus Afrika

Bevölkerungsentwicklung

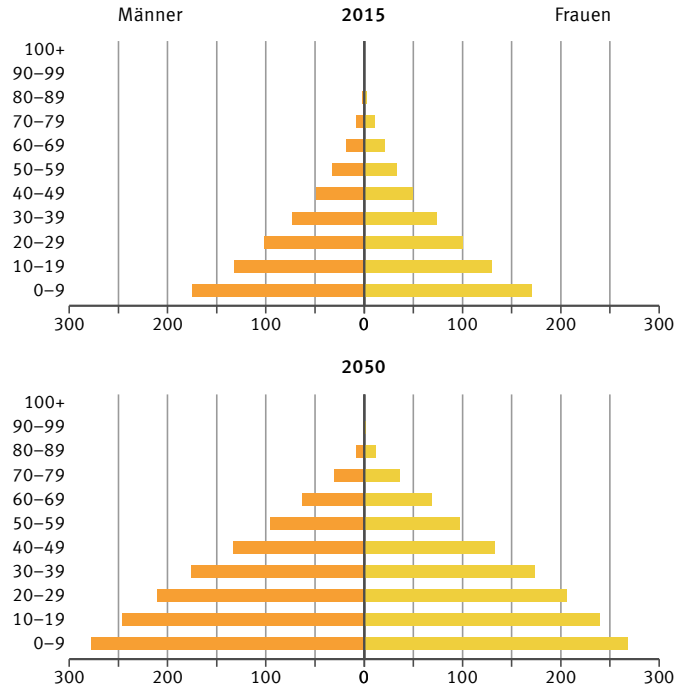
Afrika ist demografisch gesehen der jüngste Kontinent. Die Alterung der Gesellschaft, die in vielen G20-Staaten deutlich voranschreitet, ist hier nicht erkennbar. 2015 kamen in Afrika auf 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren rund acht Personen über 65 Jahre. Der Altenquotient war somit im Vergleich der Kontinente mit Abstand am niedrigsten.

Ein Blick auf den Jugendquotient unterstreicht dies: Auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren kamen 2015 in Europa 34 Kinder unter 20 Jahren; in Afrika waren es 113. Die Werte für die anderen Kontinente lagen zwischen 40 und 60. Der weltweite Durchschnitt betrug 59.

Vorausberechnungen der Vereinten Nationen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 mehr als verdoppeln – von etwa 1,2 Milliarden in 2015 auf 2,5 Milliarden Menschen in 2050. Die Zahl der Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahre wird dabei besonders stark steigen. So werden in 35 Jahren etwa 750 Millionen mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter in Afrika leben als heute.

Bevölkerungsstruktur Afrikas 2015 und 2050

nach Geschlecht und Altersgruppen, in Millionen Einwohner/-innen



Vorausberechnung für 2050: Mittlere Variante.

Quelle: World Population Prospects: The 2015 Revision, Vereinte Nationen, Department of Economic and Social Affairs (UN DESA)

Flucht

Die Welt erlebt gegenwärtig eine der größten Flüchtlingsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach Berechnungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) waren im Jahr 2015 weltweit knapp 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Das entsprach fast 1 % der Weltbevölkerung.

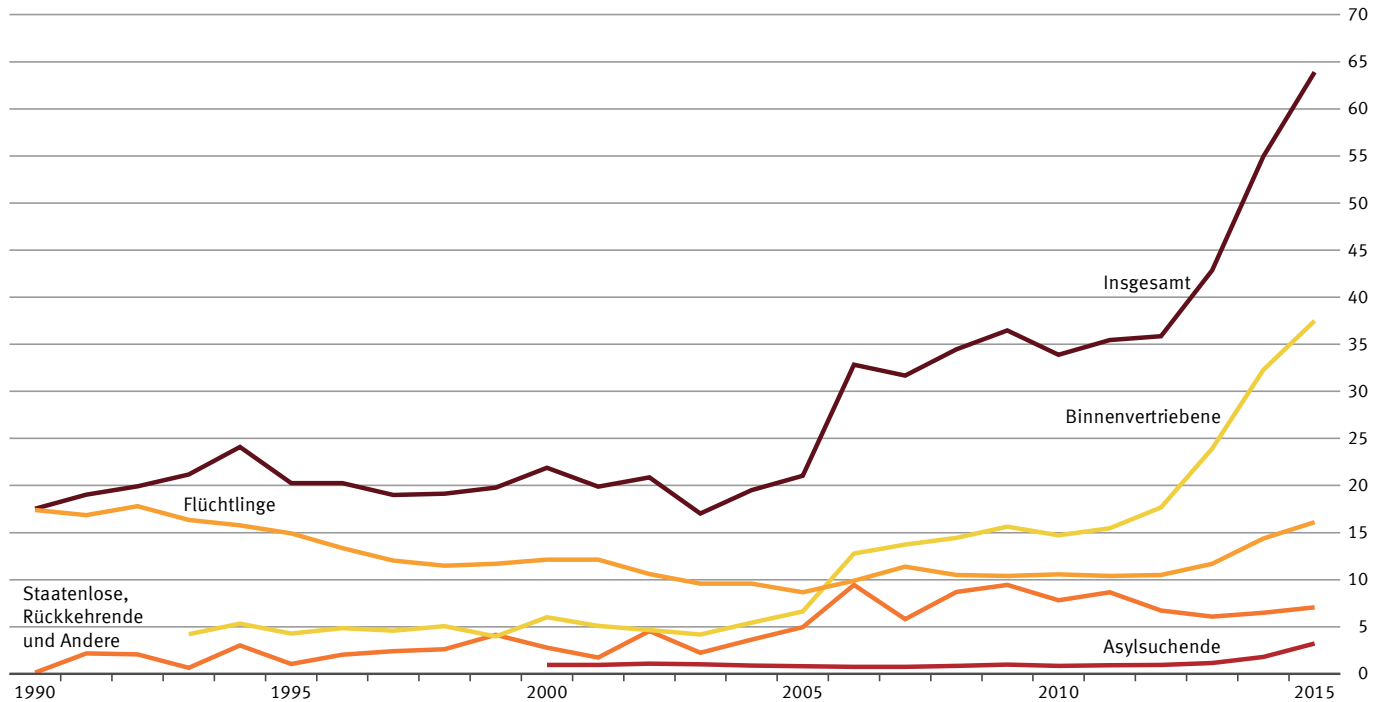
Der Großteil von ihnen suchte innerhalb des eigenen Landes Schutz: Die Zahl der Binnenvertriebenen belief sich auf rund 38 Millionen. Weitere 16 Millionen Flüchtlinge und rund drei Millionen Asylsuchende fanden jenseits ihrer Landesgrenze Zuflucht.

Die meisten grenzüberschreitenden Flüchtlinge blieben in benachbarten Ländern. Zu den Hauptaufnahmeländern weltweit zählten im Jahr 2015 die Türkei (2,5 Millionen Schutzsuchende), Pakistan (1,6 Millionen) und der Libanon (1,1 Millionen). Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge (54 %) stammte 2015 allein aus den drei Ländern: Syrien (4,9 Millionen), Afghanistan (2,7 Millionen) und Somalia (1,1 Millionen).



1 Bevölkerung | Migration

Personen auf der Flucht weltweit in Millionen



Der Wert für Personen auf der Flucht weltweit „Insgesamt“ entspricht der Summe von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen, Asylsuchenden, Staatenlosen, Rückkehrenden und anderen Personen auf der Flucht.

Quelle: Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)

Migration

Das Interesse an Daten zum Thema Migration, Flucht und Asyl ist hoch. Gleichzeitig ist die Verfügbarkeit und Qualität amtlicher internationaler Statistiken in diesem Bereich eingeschränkt.

Es ist nicht leicht, Migrationsgeschehen statistisch präzise zu erfassen: Viele Menschen fliehen innerhalb des eigenen Landes, andere sind Monate oder auch Jahre lang auf der Flucht und halten sich für kurze Zeit in vielen verschiedenen Ländern auf. In den einzelnen Staaten gibt es dann auch unterschiedliche Formen des Flüchtlingsschutzes – von Asyl über Schutz nach Genfer Flüchtlingskonvention bis zum subsidiären Schutz. Andere erhalten eine Duldung oder einen Ablehnungsbescheid.

Neben den Menschen, die vor Krieg und Naturkatastrophen fliehen, gibt es auch viele Menschen, die aus anderen Gründen auswandern. Die zunehmend globalisierte Arbeitswelt, die Chance zur Weiterbildung in einem anderen Land oder auch familiäre Bindungen spielen hier eine Rolle. Auch in diesen Fällen ist die Migration zum Teil langfristig, während es in anderen Fällen nur um einen kurzen Auslandsaufenthalt geht. Aktuelle Daten zum Migrationsgeschehen sind zwar für viele Länder verfügbar, aber die methodischen Unterschiede schränken die Vergleichbarkeit stark ein. So liegen zum Beispiel in einigen G20-Staaten nur Zahlen zu der im Ausland geborenen Bevölkerung vor, für andere nur zur Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (Population Division, Department of Economic and Social Affairs, UN DESA) berechnet für alle Länder und Regionen weltweit bezogen auf Fünfjahreszeiträume eine jährliche Nettomigrationsrate. Dieser Indikator gibt an, wie viele Menschen bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner pro Jahr netto zu- bzw. abgewandert sind. Überwiegt die Zuwanderung ist der Wert positiv, überwiegt die Abwanderung ergibt sich ein negativer Wert. Die Daten für den Zeitraum 2010 bis 2015 bieten somit einen Anhaltspunkt, um das Migrationsgeschehen der letzten Jahre zu beschreiben.

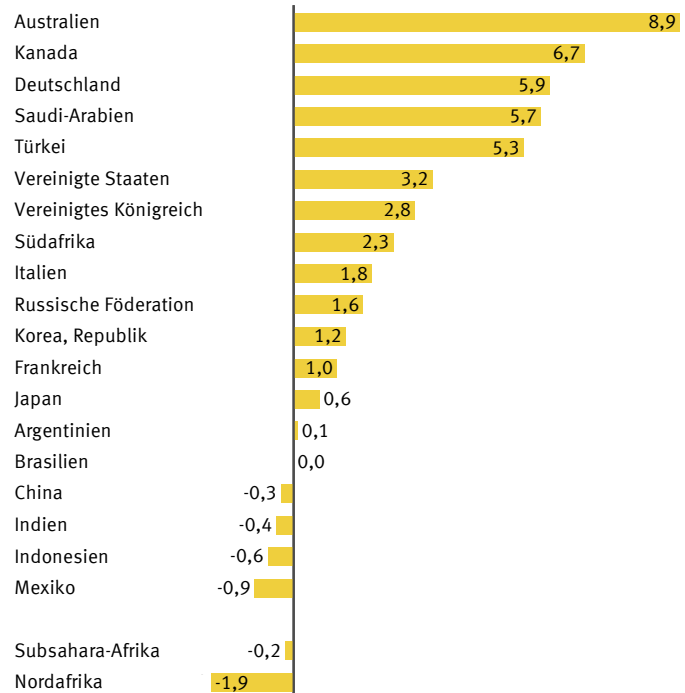
Laut den Daten für die G20-Staaten lagen klassische Einwanderungsländer wie Australien, Kanada und Saudi-Arabien im Zeitraum 2010 bis 2015 vorn – hier sind deutlich mehr Personen ein- als ausgewandert. Eine hohe Zuwanderung verzeichnete auch Deutschland. Hier stieg laut Daten des Statistischen Bundesamtes die Migrationsquote deutlich von 0,4 (2005 bis 2010) auf 5,9 (2010 bis 2015). Für die Türkei ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen: 2005 bis 2010 überwog hier die Auswanderung (-0,1), während die Migrationsquote im Zeitraum 2010 bis 2015 einen hohen positiven Wert aufwies (5,3).

1 Bevölkerung | Migration

In den südamerikanischen G20-Staaten Brasilien und Argentinien hielt sich Ein- und Auswanderung in den Jahren 2010 bis 2015 in etwa die Waage. In China, Indien, Indonesien und Mexiko überwog in diesem Zeitraum die Emigration.

Ein Blick auf die Situation des afrikanischen Kontinents zeigt, dass die Nettoabwanderung aus den Subsahara-Staaten in den Jahren 2010 bis 2015 mit $-0,2$ gering war. 2005 bis 2010 lag die Quote dort bei $0,0$. In den sechs nordafrikanischen Staaten – Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien und Sudan – ist in der Summe eine Nettoabwanderung feststellbar. Diese betrug im Zeitraum 2010 bis 2015 $1,9$ Personen je $1\ 000$ Einwohnerinnen bzw. Einwohner.

Jährliche Nettomigration im Zeitraum 2010 bis 2015
ab- bzw. zugewanderte Personen je $1\ 000$ Einwohner/-innen



Keine Daten für die Europäische Union verfügbar.

Quelle: World Population Prospects: The 2015 Revision, Vereinte Nationen, Department of Economic and Social Affairs (UN DESA), Wert für Deutschland: Statistisches Bundesamt (Destatis)

Weitere internationale Daten zu Bevölkerung und Migration

Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)

› www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html

› data2.unhcr.org

Vereinte Nationen, Department of Economic and Social Affairs,
Population Division (UN DESA)

› esa.un.org/unpd/wpp





Wirtschaftswachstum

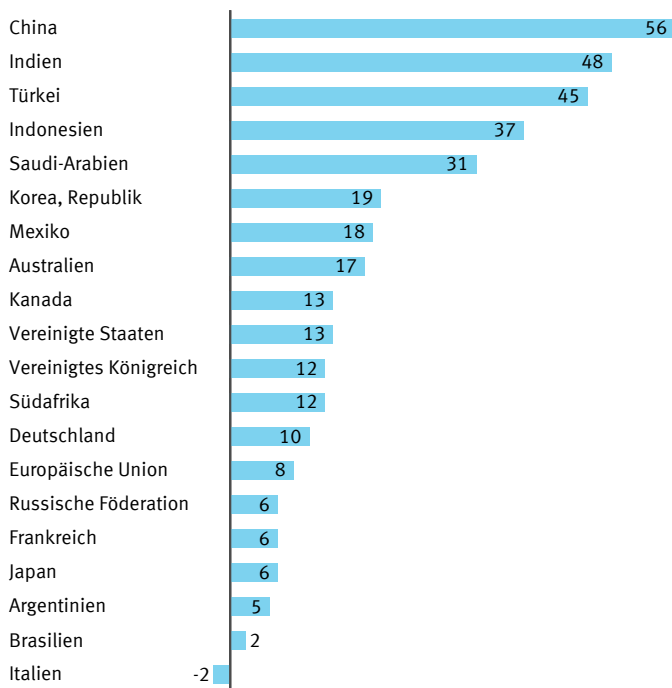
Das erklärte Ziel der G20 ist es, das Wirtschaftswachstum zu stärken sowie es nachhaltig, ausgewogen und integrativ auszurichten. Die Gruppe der G20 erbringt zusammen rund 80 % der Weltwirtschaftsleistung.

Im Jahr 2016 wuchs die Weltwirtschaft nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) inflationsbereinigt um etwa 3,1 %. Die Prognose für das Jahr 2017 liegt mit 3,5 % etwas höher. Nahezu alle G20-Staaten haben sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 erholt.

Die stärksten Wachstumsraten verzeichneten zwischen 2010 und 2016 China und Indien mit einer realen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 56 % beziehungsweise 48 %. In Japan, den südamerikanischen und europäischen G20-Staaten fiel das reale Wachstum in diesen Jahren moderater aus.

Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

2016 gegenüber 2010, in %

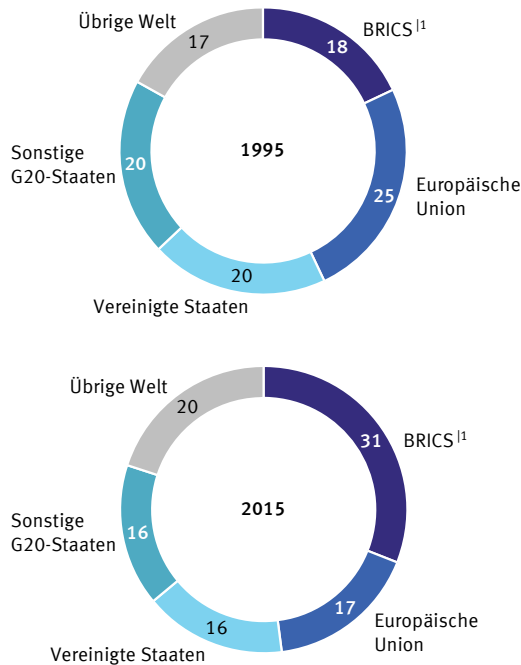


Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), eigene Berechnungen

Das unterschiedliche Wachstum hat dazu geführt, dass sich die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Staaten innerhalb der G20 in den letzten 20 Jahren verschoben hat. So sank der kaufkraftbereinigte Anteil der Vereinigten Staaten an der globalen Wirtschaftsleistung um vier Prozentpunkte von 20 % in 1995 auf 16 % in 2015. Der Anteil der Europäischen Union reduzierte sich sogar um acht Prozentpunkte. Die wirtschaftliche Bedeutung der BRICS-Länder Brasilien, Russische Föderation, Indien, China und Südafrika nahm hingegen deutlich zu. Ihr Anteil an der Weltwirtschaft stieg innerhalb dieses Zeitraums von 18 % auf 31 %.

Globale Wirtschaftsleistung 1995 und 2015

Anteile auf Basis der kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukte, in %

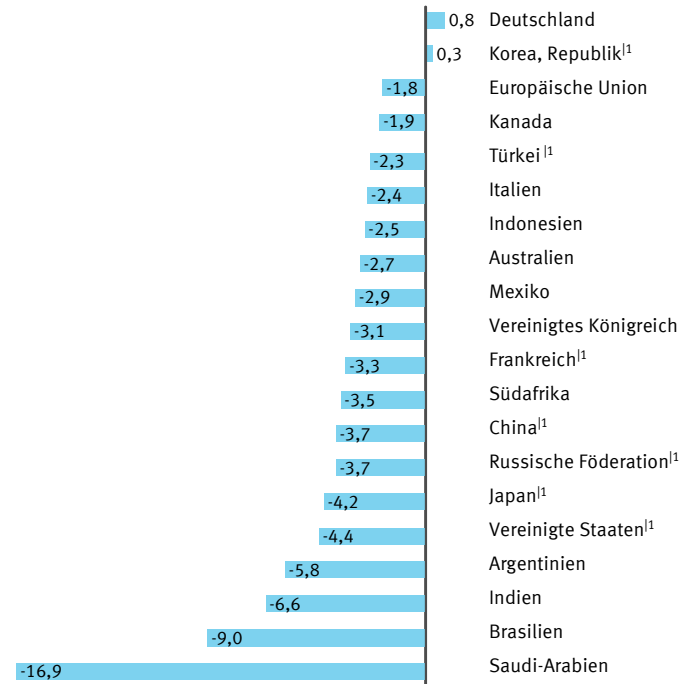


¹ BRICS-Staaten
(Brasilien, Russische Föderation, Indien, China und Südafrika).

Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF)

Finanzierungssaldo des Staates 2016

in % des Bruttoinlandsprodukts



¹ Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF)

Öffentliche Finanzen

Die Situation des öffentlichen Gesamthaushalts kann insbesondere anhand des staatlichen Finanzierungssaldos und des Bruttoschuldenstands – beide gemessen am BIP des jeweiligen Landes – beschrieben werden.

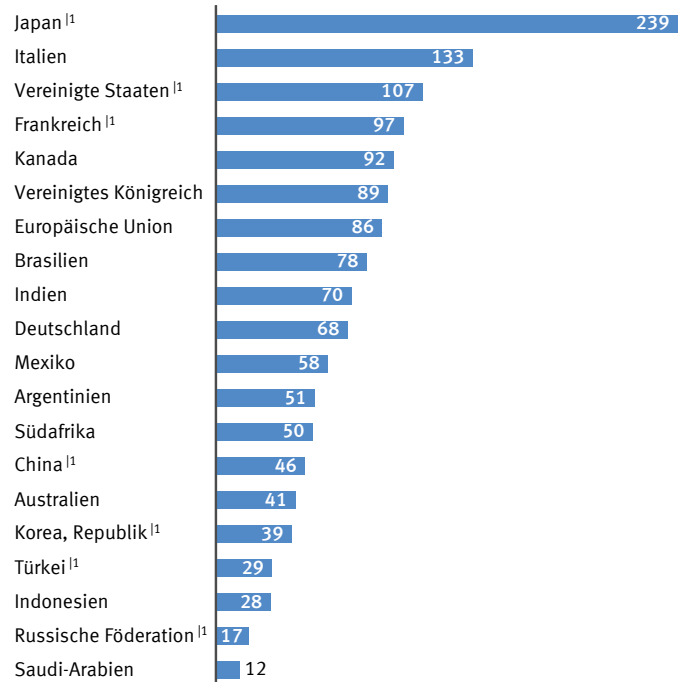
Bei der Mehrheit der G20-Mitglieder zeichnete sich für das Jahr 2016 beim öffentlichen Finanzierungssaldo ein Defizit ab. Das heißt, die jährlichen Ausgaben des Staatssektors überstiegen die Einnahmen. Lediglich die Republik Korea (+0,3 % des BIP) und Deutschland (+0,8 %) verzeichneten einen Haushaltsüberschuss.

Viele G20-Staaten wiesen neben dem Finanzierungsdefizit für das vergangene Haushaltsjahr auch einen hohen Bruttoschuldenstand auf. Dazu zählt insbesondere Japan, dessen Schuldenlast 2016 mehr als das Zweifache seines Bruttoinlandsprodukts betrug. Höher als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt war der Bruttoschuldenstand auch in Italien (133 % des BIP) und in den Vereinigten Staaten (107 %).

Vor allem in Japan und dem Vereinigten Königreich hat sich der Bruttoschuldenstand in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht: in Japan stieg er zwischen 2006 und 2016 von 184 % auf 239 % des BIP. Im Vereinigten Königreich wuchs er im gleichen Zeitraum von 41 % auf 89 % des BIP.

Bruttoschuldenstand 2016

in % des Bruttoinlandsprodukts



¹ Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF)

Bruttonationaleinkommen

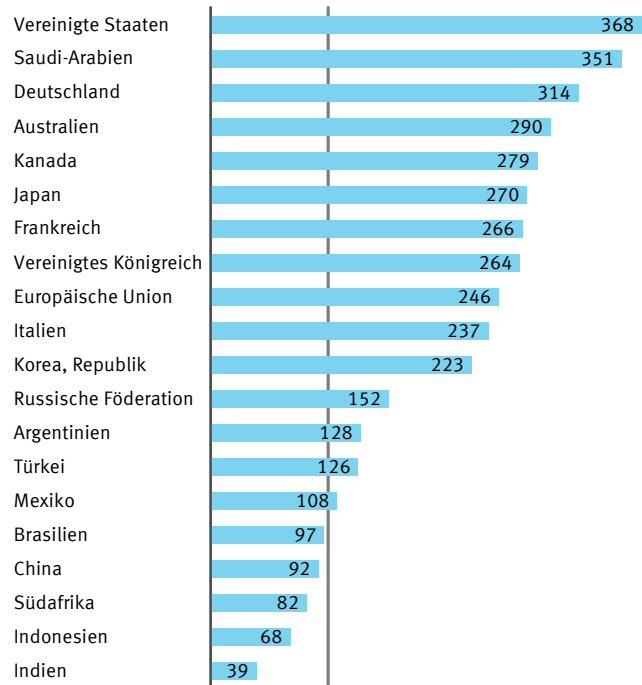
Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Landes wird auch das Bruttonationaleinkommen (BNE) herangezogen. Das BNE entspricht der Summe der innerhalb eines Jahres von allen Bewohnerinnen und Bewohnern eines Staates erwirtschafteten Einkommen.

Unter den G20-Mitgliedern erzielten 2015 die Vereinigten Staaten das höchste Bruttonationaleinkommen pro Kopf. Dort lag das Einkommen pro Person unter Berücksichtigung der Preis- und Kaufkraftunterschiede rund 3,7-mal höher als im weltweiten Durchschnitt. Auch in Saudi-Arabien und Deutschland betrug das BNE mehr als das Dreifache des weltweiten Durchschnitts.

Lediglich fünf G20-Mitglieder lagen unter dem globalen Mittelwert. Dies waren Brasilien, China, Südafrika, Indonesien und vor allem Indien, dessen BNE pro Kopf nur 39% des Weltdurchschnitts erreichte. In China ist das BNE pro Kopf in den vergangenen Jahren rasant gestiegen: Von 49% in 2005 auf 92% des globalen Durchschnitts im Jahr 2015.

Bruttonationaleinkommen je Einwohner/-in 2015

Weltweiter Durchschnitt = 100 auf Basis der kaufkraftbereinigten Bruttonationaleinkommen



Quelle: Weltbank

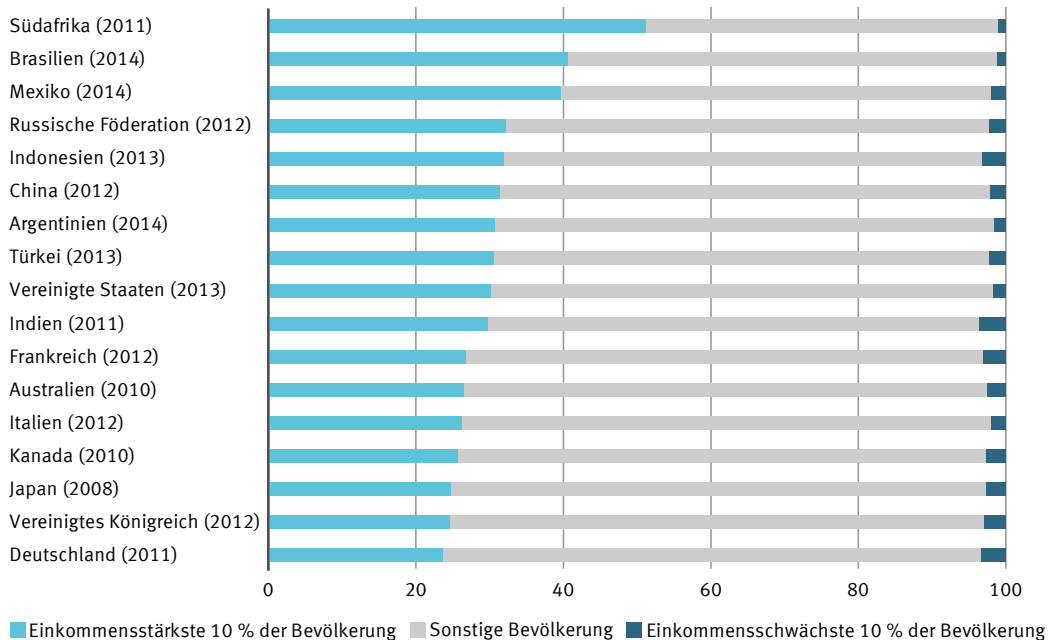
Wirtschaft und Finanzen

	Nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP)	BIP je Einwohner/-in ¹	Reale Veränderung des BIP zum Vorjahr	Anteil an der Weltwirtschaftsleistung ¹	Inflationsrate	Finanzierungs-saldo des Staates	Bruttoschuldenstand des Staates	
	Mrd. US\$	int. US\$	%	%	%	% des BIP	% des BIP	
	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2006	2016
Argentinien	545	20 047	- 2,3	0,7	/	- 5,8	58,6	51,3
Australien	1 259	48 899	2,5	1,0	1,3	- 2,7	10,0	41,1
Brasilien	1 799	15 242	- 3,6	2,6	8,7	- 9,0	65,8	78,3
China	11 218	15 399	6,7	17,8	2,0	- 3,7	25,4	46,2
Deutschland	3 467	48 111	1,8	3,3	0,4	0,8	66,5	67,6
Europäische Union	16 408	39 317	2,0	16,7	0,2	- 1,8	59,8	85,8
Frankreich	2 463	42 314	1,2	2,3	0,3	- 3,3	64,4	96,6
Indien	2 256	6 616	6,8	7,2	4,9	- 6,6	77,1	69,5
Indonesien	932	11 720	5,0	2,5	3,5	- 2,5	35,8	27,9
Italien	1 851	36 833	0,9	1,9	- 0,1	- 2,4	102,6	132,6
Japan	4 939	41 275	1,0	4,4	- 0,1	- 4,2	184,3	239,2
Kanada	1 529	46 437	1,4	1,4	1,4	- 1,9	70,1	92,3
Korea, Republik	1 411	37 740	2,8	1,6	1,0	0,3	29,3	38,6
Mexiko	1 046	18 938	2,3	1,9	2,8	- 2,9	37,8	58,1
Russische Föderation	1 281	26 490	- 0,2	3,2	7,0	- 3,7	9,8	17,0
Saudi-Arabien	640	55 158	1,4	1,5	3,5	- 16,9	25,8	12,4
Südafrika	294	13 225	0,3	0,6	6,3	- 3,5	31,4	50,5
Türkei	857	24 912	2,9	1,7	7,8	- 2,3	44,7	29,1
Vereinigte Staaten	18 569	57 436	1,6	15,5	1,3	- 4,4	64,2	107,4
Vereinigtes Königreich	2 629	42 481	1,8	2,3	0,6	- 3,1	41,0	89,2

¹ kaufkraftbereinigt / = Für Argentinien liegen keine verlässlichen Daten zur Preisentwicklung (Inflationsrate) vor. Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF); zum Teil IWF-Schätzungen

Einkommensverteilung

Anteile nach Einkommensgruppen, in %



Daten aus Haushaltsbefragungen, bereinigt nach Haushaltsgröße. Berechnungsgrundlage: Verfügbares Nettoeinkommen nach Steuern und Transferleistungen. Grundlage in Argentinien und Brasilien: Bruttoeinkommen. Grundlage in China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russische Föderation, Südafrika und Türkei: Konsumausgaben.

Keine Daten für die Europäische Union, Saudi-Arabien und die Republik Korea verfügbar.

Quelle: Weltbank

Einkommensverteilung

Einkommen und Vermögen beeinflussen in hohem Maße die persönliche Lebenssituation und haben Auswirkungen darauf, in welchem Maße wir am gesellschaftlichen Leben partizipieren können.

Die Weltbank veröffentlicht basierend auf Haushaltsbefragungen Daten zur Einkommensverteilung in den einzelnen G20-Staaten. Die internationale Vergleichbarkeit dieser Daten ist jedoch aufgrund der unterschiedlichen Aktualität und Methodik der nationalen Haushaltbefragungen eingeschränkt. So wurde beispielsweise in einigen Ländern auf Konsumausgaben zurückgegriffen, um die Einkommensverteilung zu approximieren.

Bei der Einkommensverteilung weist Deutschland unter den untersuchten G20-Mitgliedern die geringste Ungleichheit auf. Im Jahr 2011 erzielten die einkommensstärksten 10 % der Bevölkerung (oberstes Dezil) etwa 24 % der Einkommen, die einkommensschwächsten 10 % (unterstes Dezil) rund 3 %.

In Südafrika war die Ungleichheit der Einkommensverteilung unter den G20-Mitgliedern am höchsten. Dort erhielten die einkommensstärksten 10 % der Bevölkerung im Jahr 2011 mehr als die Hälfte aller Einkommen (51 %), die einkommensschwächsten weniger als 1 %. Eine starke Ungleichverteilung wiesen auch Brasilien und Mexiko auf. Daten für das Jahr 2014 zeigen für beide Länder einen Anteil der obersten Einkommensgruppen am Gesamteinkommen von rund 40 %. Den untersten 10 % der Bevölkerung standen dagegen nur Anteile von 1,2 % (Brasilien) beziehungsweise 1,9 % (Mexiko) zur Verfügung.

Weitere internationale Daten zu Wirtschaft und Finanzen

Internationaler Währungsfonds (IWF), World Economic Outlook
> data.imf.org

Weltbank, Inequality and Shared Prosperity
> data.worldbank.org/topic/poverty



Außenhandel

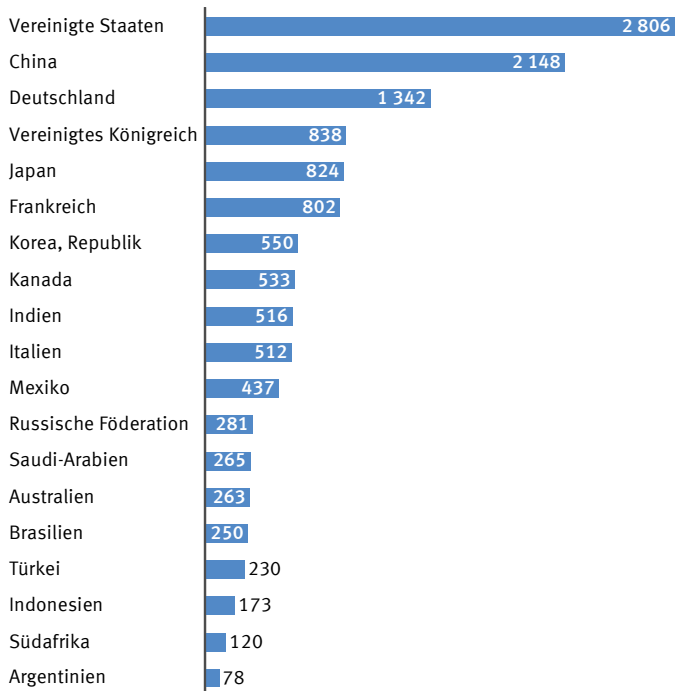
In einer globalisierten Welt sind stabile Handelsbeziehungen und grenzüberschreitende Investitionen von zentraler Bedeutung. Entsprechend zählt das Thema Handel seit dem ersten Gipfel in Washington 2008 zur ständigen Agenda der G20.

Laut Daten der Welthandelsorganisation (WTO) sind die G20-Mitglieder zusammen für mehr als drei Viertel des Welthandels verantwortlich. 2015 stammten 77,5 % der weltweit exportierten Waren und Dienstleistungen aus der G20, im selben Jahr gingen 76,5 % aller importierten Waren und Dienstleistungen in die G20.

Die größten Handelsnationen waren 2015 China und die Vereinigten Staaten. Bei der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen lagen die Vereinigten Staaten mit 2 806 Mrd. US\$ und einem Weltmarktanteil von 13 % vor China (2 148 Mrd. US\$ bzw. 10 %). Bei der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen lag hingegen China mit 2 560 Mrd. US\$ vor den Vereinigten Staaten (2 213 Mrd. US\$). China hatte somit einen Anteil von 12 %, die Vereinigten Staaten einen Anteil von 10 % an den weltweiten Exporten.

Importe: Waren und Dienstleistungen 2015

in Milliarden US\$

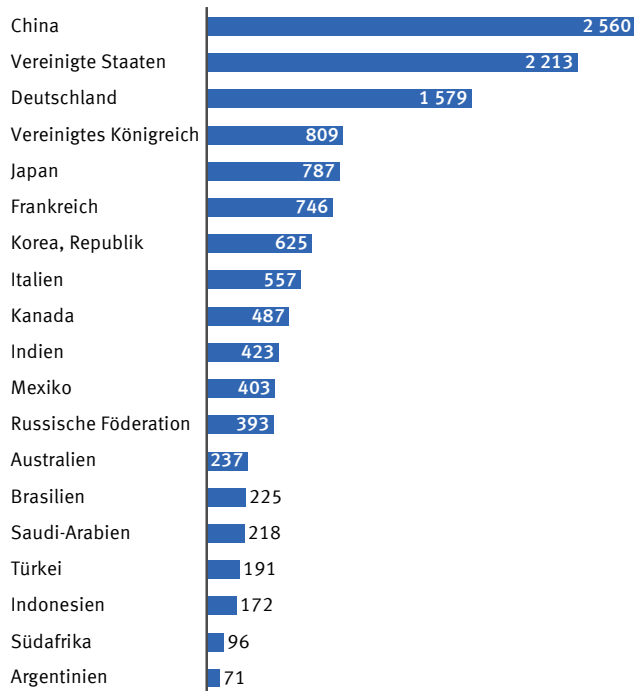


Bei allen EU-Staaten wurde sowohl der Intra-EU- als auch der Extra-EU-Handel berücksichtigt

Quelle: Welthandelsorganisation (WTO)

Exporte: Waren und Dienstleistungen 2015

in Milliarden US\$

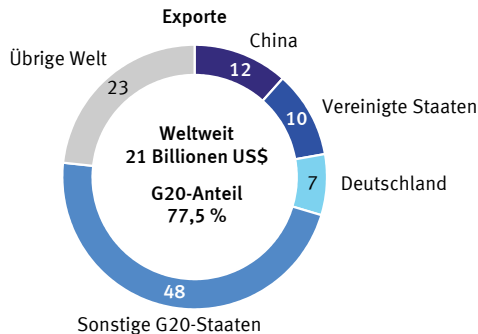
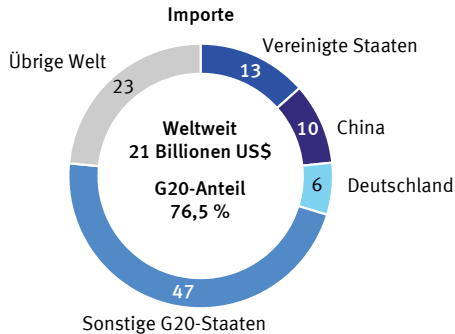


Bei allen EU-Staaten wurde sowohl der Intra-EU- als auch der Extra-EU-Handel berücksichtigt

Quelle: Welthandelsorganisation (WTO)

3 Außenwirtschaft

Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen 2015 Weltmarktanteil in %



Weltmarkt umfasst auch den Intra-EU-Handel. Bei allen EU-Staaten wurde sowohl der Intra-EU- als auch der Extra-EU-Handel berücksichtigt. Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: Welthandelsorganisation (WTO)

Deutschland rangierte sowohl bei den Importen (1 342 Mrd. US\$) als auch bei den Exporten (1 579 Mrd. US\$) an dritter Stelle. Platz vier belegte bei den Ein- und Ausfuhren im Jahr 2015 das Vereinigte Königreich.

Betrachtet man die EU-Staaten zusammen als einen Handelsakteur und lässt den Intrahandel der EU-Staaten außen vor, so liegt die Europäische Union sowohl beim Import als auch beim Export vor China und den Vereinigten Staaten: Zusammen exportierten die 28 EU-Staaten im Jahr 2015 laut Welthandelsorganisation (WTO) Waren und Dienstleistungen im Wert von 2 900 Mrd. US\$ in Nicht-EU-Staaten. Die Importe in die EU hatten einen Wert von 2 646 Mrd. US\$.

Außenhandelsquote

Welche Bedeutung der grenzüberschreitende Handel für eine Volkswirtschaft hat, kann anhand der Außenhandelsquote gemessen werden. Diese Quote ergibt sich aus dem Verhältnis der Summe von Ex- und Importen zum Bruttoinlandsprodukt. Die Daten der WTO zeigen, dass unter den G20-Mitgliedern vor allem Deutschland und die Republik Korea stark vom Außenhandel geprägt sind. Die Außenhandelsquote beider Länder betrug 2015 über 80 %.

In den Vereinigten Staaten dominierte eher der Binnenmarkt. Die Außenhandelsquote lag hier bei 28 %. Eine geringere Rolle spielte der Handel über die Landesgrenzen hinweg auch in den

südamerikanischen G20-Staaten Brasilien (26 %) und Argentinien (23 %). Weitere Daten hierzu liefert die Übersichtstabelle am Kapitelende auf Seite 28.

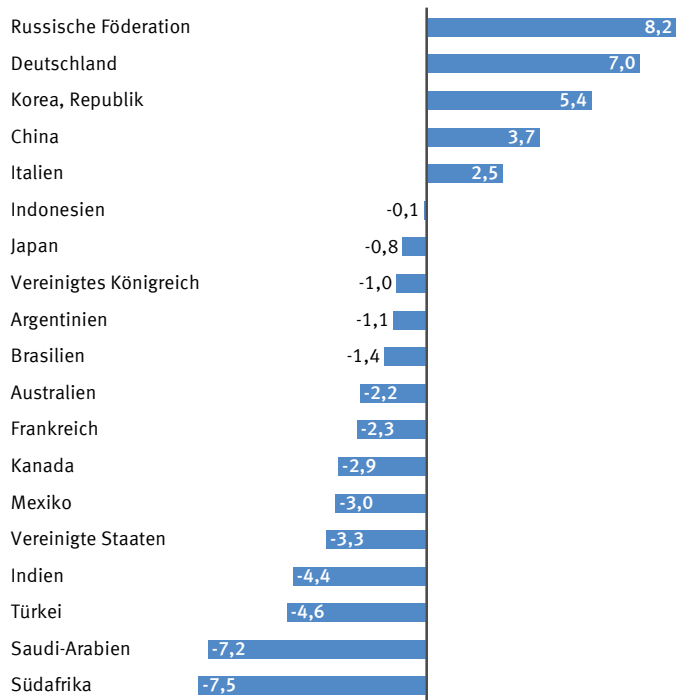
Außenbeitragsquote

Der Außenbeitrag einer Volkswirtschaft entspricht der Differenz zwischen den Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Setzt man den Außenbeitrag ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, ergibt sich die Außenbeitragsquote eines Staates. Eine positive Außenbeitragsquote zeigt an, welcher Anteil des Bruttoinlandsproduktes weder für Konsumausgaben noch für Investitionen im Inland verwendet wurde. 2015 wiesen die Russische Föderation (8,2 %), Deutschland (7,0 %), die Republik Korea (5,4 %), China (3,7 %) und Italien (2,5 %) einen positiven Saldo auf.

Eine negative Außenbeitragsquote zeigt, um wie viel Prozent die inländischen Konsumausgaben und Investitionen über der inländischen Produktion liegen. Daten der Welthandelsorganisation (WTO) zufolge verzeichneten Südafrika (-7,5 %), Saudi-Arabien (-7,2 %) und die Türkei (-4,6 %) im Jahr 2015 die größten Außenbeitragsdefizite unter den G20-Mitgliedern.

Außenbeitragsquote für Waren und Dienstleistungen 2015

Exporte minus Importe in % des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Welthandelsorganisation (WTO) und Internationaler Währungsfonds (IWF)

3 Außenwirtschaft



Fokus Afrika

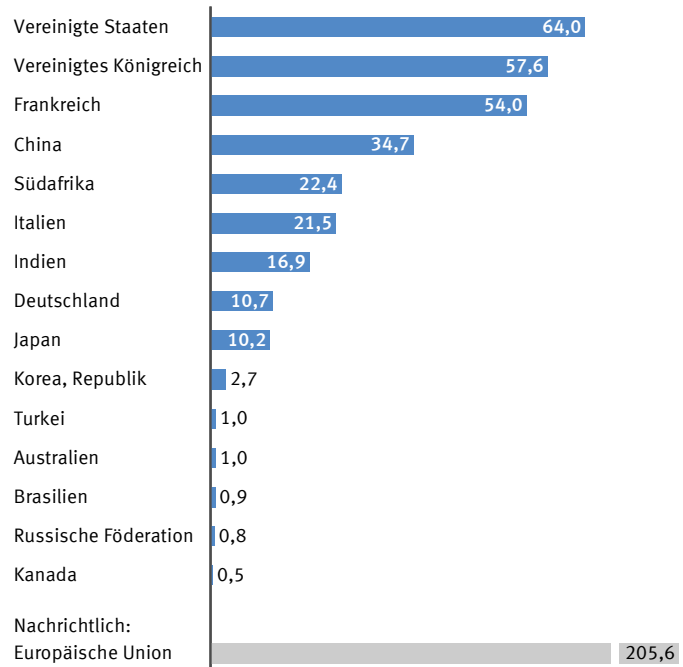
Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit

Investitionen sind ein wichtiger Treiber für wirtschaftliche Entwicklung und Innovationen. Im Jahre 2015 beliefen sich die ausländischen Investitionsbestände (FDI stocks) in Afrika nach Angaben der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) auf insgesamt 740 Mrd. US\$. Über ein Viertel dieser Investitionen (206 Mrd. US\$) stammten aus der Europäischen Union. Lässt man diesen Staatenverbund außen vor und betrachtet nur die Ebene individueller Staaten, rangierten die Vereinigten Staaten (64 Mrd. US\$) und das Vereinigte Königreich (58 Mrd. US\$) auf den vordersten Plätzen. Seit 2009 haben viele ausländische Unternehmen und auch Privatpersonen ihren Investitionsbestand in Afrika deutlich ausgeweitet. Dies gilt besonders für Investoren aus China: Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen aus der Volksrepublik stieg zwischen 2009 und 2015 von neun auf knapp 35 Mrd. US\$. Attraktivstes Anlage-land war Südafrika, wo sich der kumulierte Investitionsbestand 2015 auf insgesamt 125 Mrd. US\$ belief. Es folgten Ägypten (94 Mrd. US\$), Nigeria (90 Mrd. US\$), Marokko (49 Mrd. US\$) und Tunesien (33 Mrd. US\$).

Während die Bestände Aufschluss über das langfristige Investitionsgeschehen geben, ermöglichen Investitionsflüsse einen spezifischeren Blick auf die Aktivität innerhalb eines bestimmten Zeitraums. So flossen im Jahre 2015 etwa 3,1% der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen (flows) nach Afrika.

Ausländische Direktinvestitionen in Afrika 2015

Bestände (FDI stocks) in Milliarden US\$



Keine Daten für Argentinien, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien. Daten für Deutschland vorläufig.

Quelle: Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Das entsprach einer Summe von rund 54 Mrd. US\$. Hauptempfängerland war 2015 mit 8,7 Mrd. US\$ Angola gefolgt von Ägypten (6,9), Mosambik (3,7), Marokko und Ghana (je 3,2 Mrd. US\$).

Die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA, Official Development Assistance) auf dem afrikanischen Kontinent erreichten laut OECD im Jahr 2015 einen Wert von insgesamt 51 Mrd. US\$. Mit diesen Mitteln tragen Staaten und Institutionen beispielsweise dazu bei, humanitäre Notlagen zu lindern, demokratische Strukturen zu festigen, die Gleichberechtigung von Frauen zu fördern oder auch Natur und Umwelt zu schützen.

Zu den öffentlichen Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit zählen unter anderem Zuschüsse, Schuldenerlässe und Darlehen der Staaten des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC). Hinzu kommen aber auch Mittel von Staaten, die nicht im DAC organisiert sind, sowie Mittel von multilateralen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit wie zum Beispiel den Vereinten Nationen oder der Weltbank.

Mit 27 Mrd. US\$ kam im Jahre 2015 der größte Anteil der für Afrika bestimmten ODA-Leistungen nach wie vor von den DAC-Staaten. EU-Institutionen und im DAC organisierte EU-Staaten unterstützten den afrikanischen Kontinent mit insgesamt 18,3 Mrd. US\$. Größte bilaterale DAC-Geber waren die Vereinigten Staaten (9,3 Mrd. US\$), gefolgt vom Vereinigten Königreich (4,2 Mrd. US\$) und Deutschland (3,0 Mrd. US\$).

Öffentliche Nettoausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in Afrika 2015

jeweilige Preise, in Millionen US\$

ODA insgesamt (bilateral und multilateral)	51 036
Multilateral: Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit	19 609
Bilateral	31 427
DAC-Staaten insgesamt	27 035
darunter	
Vereinigte Staaten	9 320
Vereinigtes Königreich	4 203
Deutschland	3 036
Frankreich	2 292
Japan	1 765
Kanada	1 086
Korea, Republik	359
Italien	290
Australien	103
Nicht-DAC-Staaten	4 392
darunter	
Saudi-Arabien	1 141
Türkei	183
Russische Föderation	28
Nachrichtlich: DAC EU-Mitglieder und EU-Institutionen	18 254

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD)

3 Außenwirtschaft

Außenwirtschaft 2015

	Waren und Dienstleistungen								Leistungs- bilanzsaldo
	Exporte		Importe		Außenhandels- umsatz	Außenhandels- quote	Außenbeitrag	Außenbeitrags- quote	
	insgesamt	Weltmarkt- anteil	insgesamt	Weltmarkt- anteil	Exporte plus Importe		Exporte minus Importe		
	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP	Mrd. US\$	% des BIP	
Argentinien	71	0,3	78	0,4	148	23	-7	-1,1	-2,7
Australien	237	1,1	263	1,2	500	41	-26	-2,2	-4,7
Brasilien	225	1,1	250	1,2	474	26	-25	-1,4	-3,3
China	2 560	12,0	2 148	10,0	4 708	42	412	3,7	2,7
Deutschland	1 579	7,4	1 342	6,3	2 921	87	237	7,0	8,3
Frankreich	746	3,5	802	3,7	1 548	64	-56	-2,3	-0,2
Indien	423	2,0	516	2,4	939	45	-93	-4,4	-1,1
Indonesien	172	0,8	173	0,8	345	40	-1	-0,1	-2,0
Italien	557	2,6	512	2,4	1 069	59	45	2,5	1,6
Japan	787	3,7	824	3,8	1 611	37	-37	-0,8	3,1
Kanada	487	2,3	533	2,5	1 020	66	-45	-2,9	-3,4
Korea, Republik	625	2,9	550	2,6	1 175	85	75	5,4	7,7
Mexiko	403	1,9	437	2,0	841	73	-34	-3,0	-2,9
Russische Föderation	393	1,8	281	1,3	675	49	112	8,2	5,1
Saudi-Arabien	218	1,0	265	1,2	483	74	-47	-7,2	-8,7
Südafrika	96	0,5	120	0,6	217	69	-24	-7,5	-4,4
Türkei	191	0,9	230	1,1	421	49	-39	-4,6	-3,7
Vereinigte Staaten	2 213	10,4	2 806	13,1	5 019	28	-593	-3,3	-2,6
Vereinigtes Königreich	809	3,8	838	3,9	1 647	58	-29	-1,0	-4,3

Keine Daten für die Europäische Union verfügbar. Werte für EU-Staaten berücksichtigen auch den Intra-EU-Handel.

Quelle: Welthandelsorganisation (WTO); Leistungsbilanzsaldo und Umrechnung in Prozent des BIP auf Basis von Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF)

**Weitere internationale Daten zu Welthandel,
Entwicklungszusammenarbeit und Direktinvestitionen**

Welthandelsorganisation (WTO)

› stat.wto.org

Comtrade Datenbank, Vereinte Nationen

› comtrade.un.org

World Investment Reports, Welthandels- und Entwicklungs-
konferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

› unctad-worldinvestmentforum.org

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (OECD)

› stats.oecd.org/qwids





Erwerbstätigkeit

Während in Japan, Deutschland und dem Vereinigten Königreich fast drei Viertel der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren erwerbstätig sind, ist in anderen G20-Staaten wie Saudi-Arabien oder die Türkei nur rund jede zweite Person in Arbeit. Südafrika lag 2015 mit einer Erwerbstätigenquote von 43,7% im G20-Vergleich an letzter Stelle.

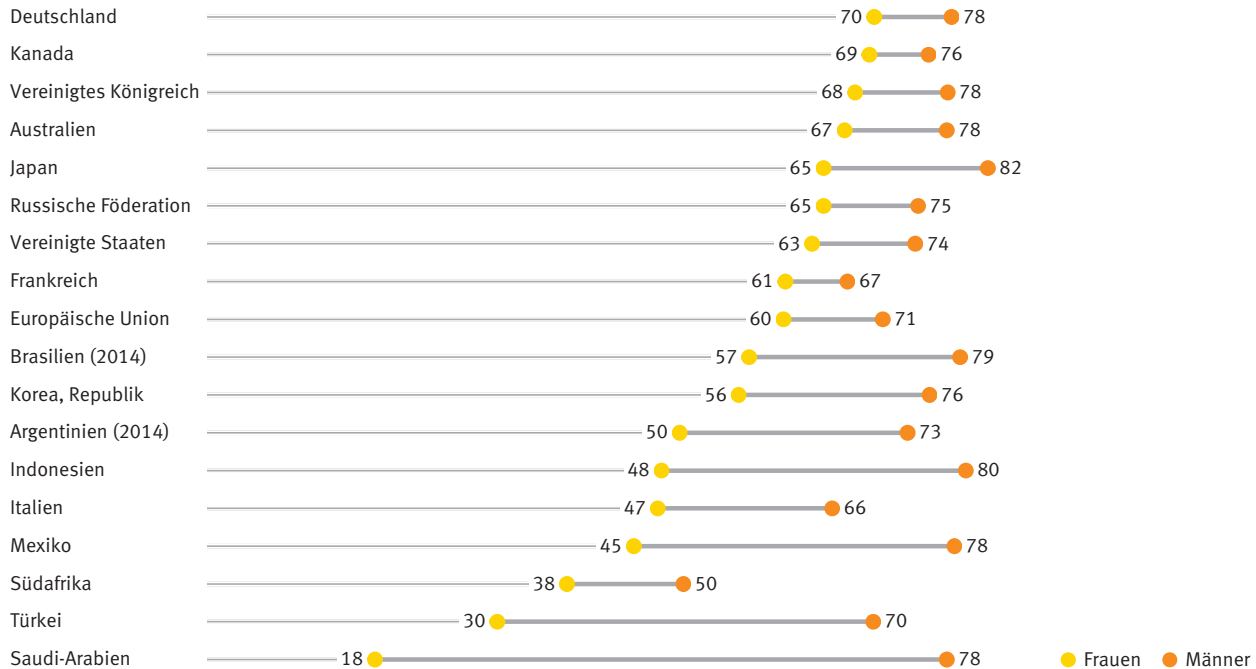
Die Erwerbstätigenquote von Frauen liegt derzeit in allen G20-Staaten unter der von Männern. In einigen Ländern ist der Unterschied vergleichsweise gering. In Frankreich und Kanada betrug er 2015 nur etwas mehr als sechs Prozentpunkte.

Auch im Vereinigten Königreich, der Russischen Föderation und Deutschland lag der Abstand im einstelligen Bereich. In anderen Ländern ist der Abstand jedoch deutlich höher. So waren in Saudi-Arabien im Jahr 2015 78% der Männer und nur 18% der Frauen erwerbstätig. In der Türkei gingen 70% der Männer und 30% der Frauen einer Arbeit nach.

Die G20 hat sich zum Ziel gesetzt, die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen bis zum Jahr 2025 um 25 Prozent zu reduzieren.

Erwerbstätigenquote der 15–64-jährigen Beschäftigten 2015

in %



Keine Daten für China und Indien verfügbar.

Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Werte für die Europäische Union: Eurostat, Angaben für EU-Staaten entsprechen auch den von Eurostat veröffentlichten Werten

Verdienstunterschiede

Jenseits der Unterschiede hinsichtlich Erwerbsbeteiligung lassen sich in den G20-Staaten auch – zum Teil deutliche – Differenzen in Bezug auf die Verdienste von Männern und Frauen feststellen. Zu diesem Thema veröffentlicht Eurostat, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Daten – allerdings mit Unterschieden bei der methodischen Abgrenzung.

Laut OECD war das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle, auch Gender Pay Gap genannt, in der Republik Korea und Japan besonders hoch. In Korea verdienten Frauen 2014 gemessen am Medianverdienst der Männer 37 % weniger, in Japan 26 %. Das Verdienstgefälle war aber auch in vielen anderen Staaten der G20 zweistellig, so zum Beispiel auch in Deutschland und dem Vereinigten Königreich (jeweils 17 %).

Beim OECD Gender Pay Gap werden nur Vollzeitbeschäftigte und Selbstständige berücksichtigt. Der Indikator ist zudem unbereinigt – das heißt, die Verdienstunterschiede erklären sich zum Teil aus strukturellen Unterschieden, zum Beispiel dadurch, dass Frauen und Männer nicht vergleichbare Positionen besetzen oder bei der Berufs- und Branchenwahl andere Schwerpunkte setzen.

Die OECD hat in der 2012 veröffentlichten Studie „Closing the Gender Gap“ untersucht, welcher Anteil des Gender Pay Gaps durch Unterschiede bei Qualifikation, Berufswahl und Arbeitserfahrung erklärbar sind.

Die Studie zeigt, dass in allen Ländern auch nach Bereinigung ein Verdienstgefälle zwischen Männern und Frauen bestehen blieb, das sich nicht durch strukturelle Faktoren erklären ließ.

Gender Pay Gap 2014

	unbereinigt, in %
Italien	5,6
Türkei	6,9
Frankreich (2012)	13,7
Australien	15,4
Deutschland	17,1
Vereinigtes Königreich	17,4
Vereinigte Staaten	17,5
Mexiko	18,3
Europäische Union	19,1
Kanada	19,2
Japan	25,9
Korea, Republik	36,7

Daten nur für ausgewählte G20-Staaten verfügbar.

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

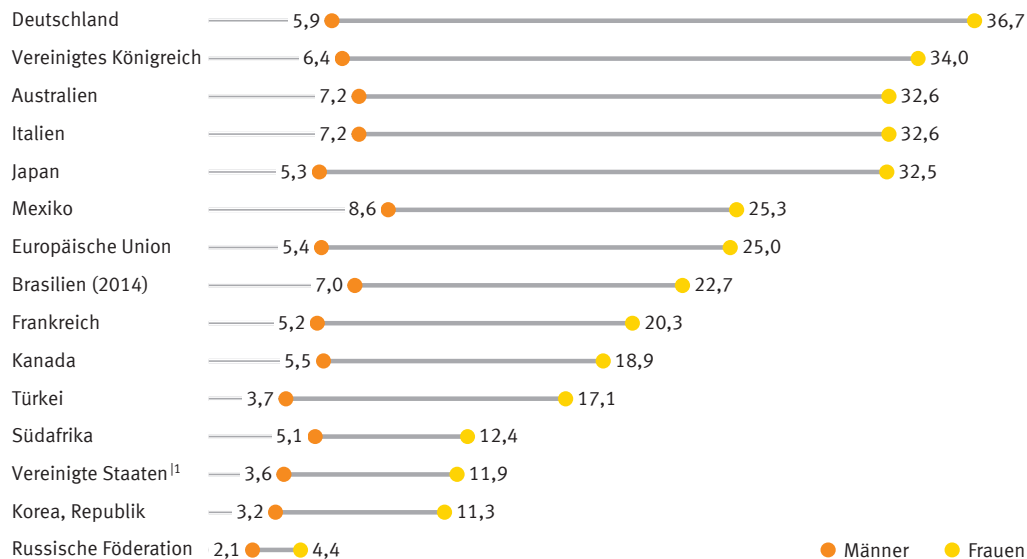
Teilzeit

Beim OECD Gender Pay Gap bleiben Teilzeitbeschäftigte unberücksichtigt. Bezieht man auch diese mit ein, erhöht sich der Verdienstunterschied weiter. Ein Blick auf die Teilzeitquoten der 25- bis 54-Jährigen in den G20-Staaten unterstreicht die Relevanz dieses Faktors. So ist die Quote in allen Ländern der G20 bei

Frauen höher als bei Männern. Große Unterschiede waren dabei 2015 in den europäischen G20-Staaten, insbesondere in Deutschland (31 Prozentpunkte) und dem Vereinigten Königreich (28), zu beobachten. Aber auch in Australien und Japan arbeiteten Frauen deutlich seltener in Vollzeit als ihre männlichen Kollegen. Selbst in Ländern, in denen Teilzeitarbeitsplätze weniger verbreitet sind, wie zum Beispiel die Republik Korea oder die Vereinigten Staaten, ist ein deutlicher Abstand zwischen den Geschlechtern erkennbar.

Teilzeitquote der 25–54-jährigen Beschäftigten 2015

in %



¹ Prozentualer Anteil der abhängig Beschäftigten.

Keine Daten für Argentinien, China, Indien, Indonesien und Saudi-Arabien verfügbar.

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), Werte für die Europäische Union: Eurostat, Angaben für EU-Staaten entsprechen auch den von Eurostat veröffentlichten Werten

4 Arbeitsmarkt

Erwerbslosigkeit

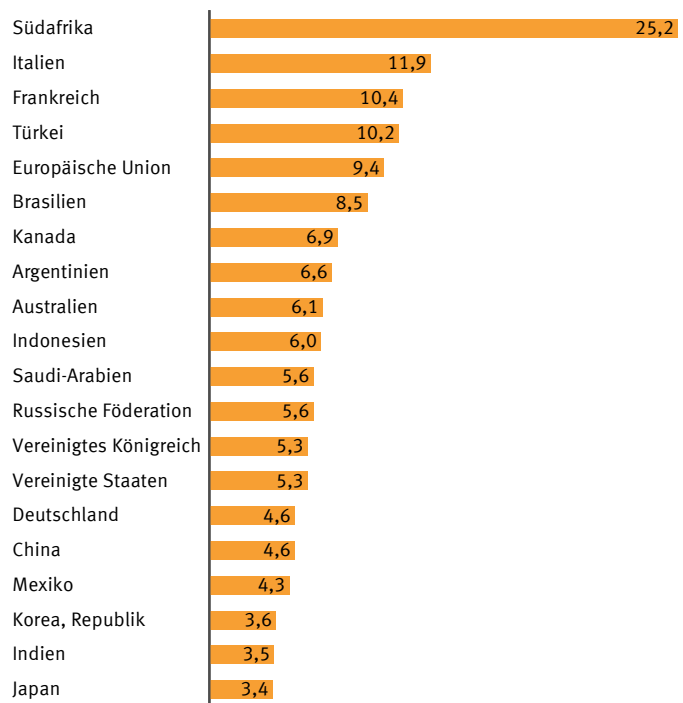
Erwerbslosigkeit ist für Betroffene häufig ein schwerwiegendes ökonomisches und zugleich ein soziales Problem. Eine hohe Erwerbslosigkeit hat aber auch ökonomische und soziale Folgen für die Gesellschaft als Ganzes.

Derzeit ist die Arbeitsmarktsituation in vielen G20-Staaten vergleichsweise entspannt. In zehn G20-Staaten lag die Erwerbslosenquote der Personen im Alter ab 15 Jahren 2015 unter 6%.

Problematischer ist die Lage derzeit in Südafrika, der Türkei und den EU-Mittelmeerstaaten Frankreich und Italien. Hier war die Erwerbslosenquote 2015 jeweils zweistellig. EU-weit lag die Quote bei 9,4%. Neben Frankreich und Italien waren auch andere Mittelmeer-Anrainerstaaten wie Griechenland (25%), Spanien (22%) und Portugal (13%) überdurchschnittlich betroffen.

Erwerbslosenquote 2015

15-Jährige und älter, in %



Quelle: Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Wert für die Europäische Union: Eurostat, Angaben für EU-Staaten entsprechen auch den von Eurostat veröffentlichten Werten

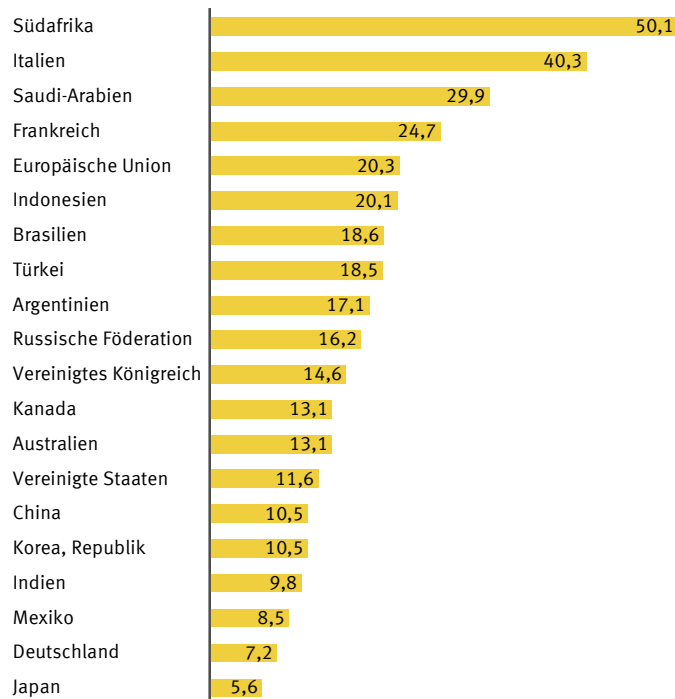
Perspektiven für junge Menschen

Die anhaltend hohe Jugenderwerbslosigkeit stellt viele Länder vor erhebliche Herausforderungen. Im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsstrategie möchten die Vereinten Nationen die Berufsperspektiven für junge Menschen erheblich verbessern. Bis 2020 soll – so Ziel 8.6 der Sustainable Development Goals – der Anteil junger Menschen, der ohne Beschäftigung ist und keine Schul- oder Berufsausbildung durchläuft, erheblich verringert werden.

Schlechte Aussichten auf einen guten Job und eine angemessene Bezahlung zählen besonders bei jungen Menschen zu den wichtigsten Gründen für eine erhöhte Migrationsbereitschaft. Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) waren weltweit im Jahr 2015 rund 71 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbslos. Die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt ist aber in den G20-Staaten keineswegs einheitlich. In Indien, Mexiko, Deutschland und Japan lag die Jugenderwerbslosenquote unter 10%. Hingegen verzeichneten Südafrika, Saudi-Arabien sowie viele EU-Staaten, darunter Italien und Frankreich, besonders hohe Quoten von zum Teil deutlich über 20%. In Südafrika war sogar mehr als jede zweite Person im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbslos.

Jugenderwerbslosenquote 2015

15–24-Jährige, in %



Quelle: Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Wert für die Europäische Union: Eurostat, Angaben für EU-Staaten entsprechen auch den von Eurostat veröffentlichten Werten

4 Arbeitsmarkt

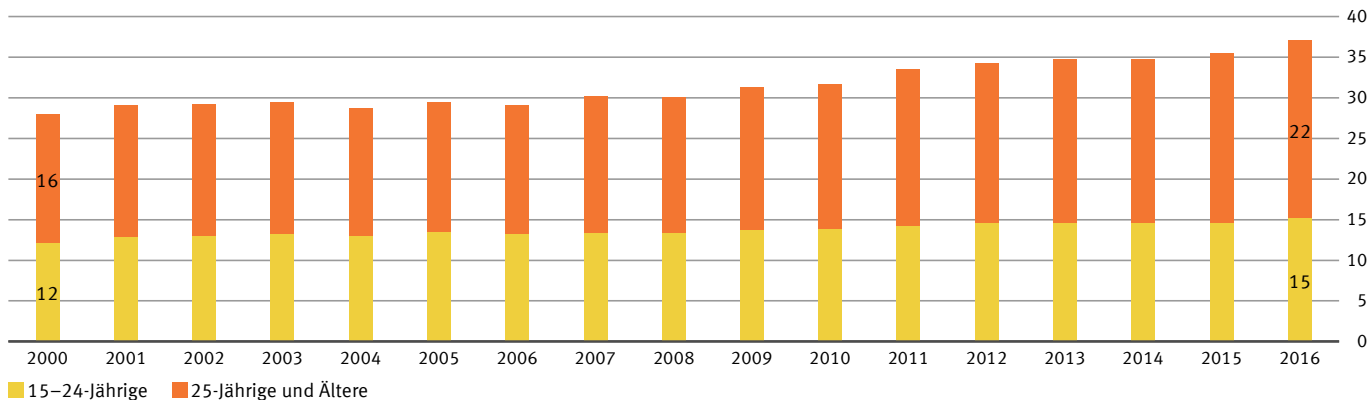


ILO-Schätzungen zufolge betrug die Erwerbslosenquote 2016 auf dem afrikanischen Kontinent rund 8%. Somit waren etwa 37 Millionen Personen ohne Arbeit. 15 Millionen davon waren jünger als 25 Jahre. Auch bei einer unveränderten Erwerbslosenquote von 8% rechnet die ILO laut Modellrechnungen aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in zwei Jahren mit rund 2,3 Millionen zusätzlichen Erwerbslosen. Die vergleichsweise moderate

Quote von 8% verdeckt, dass ein sehr hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig tätig ist und zu sehr niedrigen Löhnen arbeitet (siehe Seite 37).

Die Situation ist von Region zu Region sehr unterschiedlich: Sechs der insgesamt 54 afrikanischen Staaten, darunter Südafrika (25,9%) und Mosambik (24,4%), verzeichneten eine Erwerbslosigkeit von mehr als 20%. In den zwei bevölkerungsreichsten afrikanischen Staaten Nigeria und Äthiopien lag die Erwerbslosenquote hingegen unter 6%. In Subsahara-Afrika

Erwerbslose in Afrika nach Altersgruppen, in Millionen



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO) | Modellgestützte Schätzungen

betrug sie durchschnittlich 7,2% und somit etwas weniger als auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt. Hier besteht die Herausforderung in erster Linie darin, die Qualität der Arbeit beziehungsweise die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

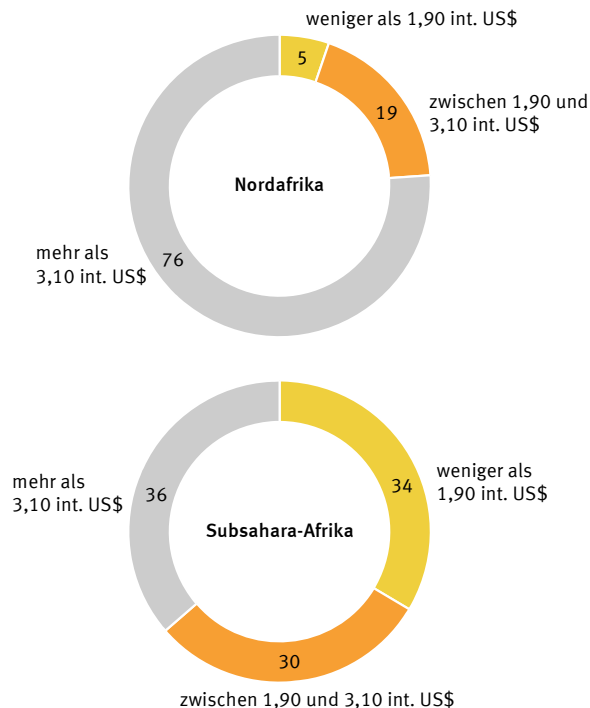
Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) war der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen 2016 in Subsahara-Afrika mit 68% sehr hoch. Weltweit lag dieser Anteil bei 43%.

Eine Aufschlüsselung der Erwerbstätigkeit nach Einkommensklassen verdeutlicht, dass in Subsahara-Afrika prekäre Beschäftigungsverhältnisse weit verbreitet sind: Bei einem Drittel der Erwerbstätigen betrug das Einkommen weniger als 1,90 internationale US\$ am Tag. Weitere 30% mussten mit einem täglichen Einkommen zwischen 1,90 und 3,10 int. US\$ auskommen. Somit hatten insgesamt 64% der Erwerbstätigen weniger als 3,10 int. US\$ am Tag zur Verfügung. Zum Vergleich: In den sechs Ländern Nordafrikas traf dies nur auf 24% der Erwerbstätigen zu.

Subsahara-Afrika und Nordafrika:

Zur Region Nordafrika zählen Algerien, Ägypten, Libyen, Marokko, Sudan, Tunesien und das Territorium Westsahara. Alle anderen afrikanischen Staaten zählen zur Region Subsahara.

Erwerbstätige ab 15 Jahren nach Tageseinkommen 2016 in %



Quelle: Modellgestützte Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

4 Arbeitsmarkt

Erwerbstätigenquote und Erwerbslosenquote nach Geburtsland 2015

	Erwerbstätigenquote, 15–64-Jährige			Erwerbslosenquote, 15–64-Jährige		
	Im Ausland geborene Erwerbspersonen	Im Inland geborene Erwerbspersonen	Differenz	Im Ausland geborene Erwerbspersonen	Im Inland geborene Erwerbspersonen	Differenz
	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte
Australien	69,9	73,5	- 3,6	6,2	6,2	0,0
Deutschland	68,4	75,2	- 6,8	7,7	4,1	3,6
Europäische Union	62,8	66,0	- 3,2	13,9	8,9	5,0
Frankreich	55,5	65,1	- 9,6	17,3	9,5	7,8
Italien	58,6	55,9	2,7	15,7	11,5	4,2
Japan ¹	66,0	70,2	- 4,2	8,3	6,5	1,8
Kanada	70,9	73,0	- 2,1	7,5	6,9	0,6
Korea, Republik ¹	69,2	59,4	9,8	4,1	3,2	0,9
Mexiko	51,8	60,8	- 9,0	5,4	4,5	0,9
Türkei	44,4	50,3	- 5,9	12,8	10,4	2,4
Vereinigte Staaten	69,2	67,2	2,0	5,0	5,6	- 0,6
Vereinigtes Königreich	70,5	73,2	- 2,7	6,4	5,2	1,2

¹ Daten für Japan und die Republik Korea beziehen sich auf das Jahr 2012/2013. Unterschieden wird bei diesen Staaten nach Staatsbürgerschaft und nicht nach Geburtsland. Daten für die Republik Korea beziehen sich auf die Bevölkerung im Alter 15 bis 59.

Daten nur für ausgewählte G20-Staaten verfügbar.

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), Werte für die Europäische Union: Eurostat

Arbeitsmarktintegration

Die G20 hat sich zum Ziel gesetzt, gute und produktive Beschäftigung zu fördern. Neben einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und einer Qualitätssteigerung der Frauenerwerbstätigkeit stehen dabei insbesondere Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten im Fokus.

Für zwölf G20 Mitglieder liegen Daten der OECD zur Erwerbstätigkeit von Personen nach Geburtsland vor. Diese zeigen, dass die Erwerbstätigenquote der im Ausland geborenen Erwerbspersonen 2015 stark von Land zu Land variierte, wobei die Türkei mit 44 % den geringsten und Kanada mit 71 % den höchsten Wert aufwies. Für die meisten G20-Staaten galt, dass die Erwerbstätigenquote von im Ausland Geborenen niedriger war als die der im Inland Geborenen. Die Differenz war dabei in Frankreich und Mexiko am höchsten. Anders war es in Italien, der Republik Korea und den Vereinigten Staaten: Hier waren Migrantinnen und Migranten häufiger erwerbstätig als im Inland Geborene.

Betrachtet man die Erwerbslosenquote, ergibt sich ein entsprechendes Bild. In den meisten Staaten waren im Ausland Geborene häufiger erwerbslos als im Inland Geborene. Dies galt besonders für Europa. So war die Erwerbslosenquote von im Ausland geborenen Menschen in Frankreich fast acht Prozentpunkte höher als die Quote von Menschen, die dort geboren wurden.

Aber auch in Italien (4,2 Prozentpunkte) und Deutschland (3,6 Prozentpunkte) waren Unterschiede feststellbar, die signifikant über dem Niveau anderer G20-Staaten lagen. Unter den analysierten Staaten waren Australien und die Vereinigten Staaten die einzigen Länder, in denen Migrantinnen und Migranten keine höhere Erwerbslosenquote aufwiesen als im Inland geborene Erwerbspersonen.

Weitere internationale Daten zum Arbeitsmarkt

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

> ilo.org/ilostat

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

> data.oecd.org/jobs.htm



Internetnutzung

Die zunehmende Digitalisierung treibt die Globalisierung voran und beeinflusst immer mehr Bereiche unseres Lebens. Bei allen Herausforderungen und Risiken bietet sie enormes Innovationspotenzial, Chancen für eine verbesserte wirtschaftliche und soziale Teilhabe sowie neue Möglichkeiten hinsichtlich Bildung und Beschäftigung.

Digitaler Handel, soziale Medien, Videotelefonie – die Welt rückt immer enger zusammen. Damit möglichst viele Menschen von den neuen Chancen profitieren, möchte die G20 die fortschreitende Digitalisierung gemeinsam gestalten.

Dazu gehört beispielsweise die Entwicklung internationaler Normen und Standards, ein verbesserter Zugang zu digitalen Technologien, lebenslange digitale Bildung oder auch die Stärkung des Vertrauens in digitale Angebote.

Internetnutzung 2015

	Bevölkerung insgesamt ¹	Männer	Frauen
	%		
Argentinien	69	-	-
Australien	85	84	85
Brasilien ²	55	55	54
China	50	-	-
Deutschland	88	90	86
Frankreich	85	86	84
Indien	26	-	-
Indonesien	22	24	20
Italien	66	70	62
Japan	91	93	89
Kanada	89	-	-
Korea, Republik	90	92	87
Mexiko	57	61	55
Russische Föderation	70	71	70
Saudi-Arabien	70	77	60
Südafrika	52	-	-
Türkei	54	64	44
Vereinigte Staaten	75	74	75
Vereinigtes Königreich	92	94	90

1 Altersabgrenzung variiert von Land zu Land.

2 Daten für 2014.

- = Keine Daten verfügbar.

Keine Daten für die Europäische Union verfügbar.

Quelle: Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Laut Schätzungen der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) nutzte im Jahr 2015 knapp die Hälfte der Weltbevölkerung (47%) das Internet. Auf dem afrikanischen Kontinent waren es sogar nur 25%. In Europa gestaltet sich der Zugang zum Internet deutlich einfacher. Hier nutzten knapp 80% das World Wide Web.

Auch unter den G20-Staaten gab es im Jahr 2015 große Unterschiede hinsichtlich der Internetnutzung: Von unter 30% in Indien und Indonesien bis zu 90% und mehr in der Republik Korea, Japan und dem Vereinigten Königreich.

In den meisten G20-Staaten war die Internetnutzung von Frauen und Männern auf ähnlichem Niveau. In der Türkei, Saudi-Arabien und Italien blieben Frauen jedoch deutlich häufiger offline als Männer.

5 Digitalisierung

Breitbandanschlüsse

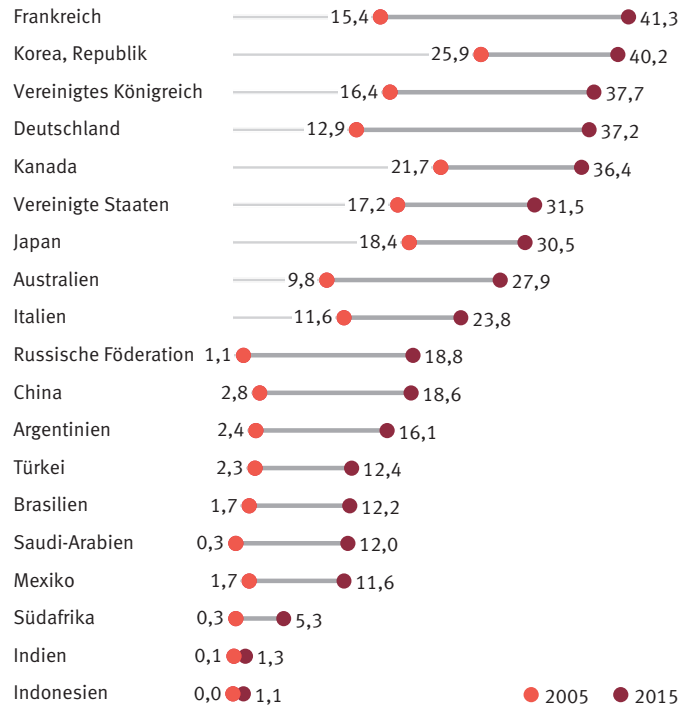
Grundvoraussetzung für die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft ist eine leistungsstarke technische Infrastruktur. Die Anzahl der festinstallierten Breitbandanschlüsse ist in den letzten Jahren weltweit kontinuierlich gestiegen.

Unter den G20-Mitgliedern hatten Frankreich und die Republik Korea im Jahr 2015 mit 41 bzw. 40 Anschlüssen je 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner die höchste Dichte. Auch Deutschland (37) und das Vereinigte Königreich (38) haben ihr Hochgeschwindigkeitsnetz stark ausgebaut. In Indonesien, Indien und Südafrika sind Breitbandverbindungen derzeit noch eine Seltenheit. Doch auch hier steigt die Verbreitung. Zwischen 2005 und 2015 ist die Zahl der Anschlüsse je 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner in Indien von 0,1 auf 1,1 und in Südafrika von 0,3 auf 5,3 gestiegen.

Dieser ITU-Indikator misst die Zahl der Anschluss-Abonnements bezogen auf die Einwohnerzahl und nicht etwa den Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang. Zu letzterem liegen für die europäischen Länder Daten für das Jahr 2016 von Eurostat vor. Demnach hatten im Vereinigten Königreich 87 % und in Deutschland 86 % der Haushalte Zugang zu einem festinstallierten Breitbandanschluss. Der EU-weite Durchschnitt lag bei 74 %. In Frankreich betrug der Anteil 72 %, in Italien 55 %.

Festinstallierte Breitband-Internetanschlüsse

Übertragungsrate > 256 kbit/s, im Abonnement, je 100 Einwohner/-innen



Keine Daten für die Europäische Union.

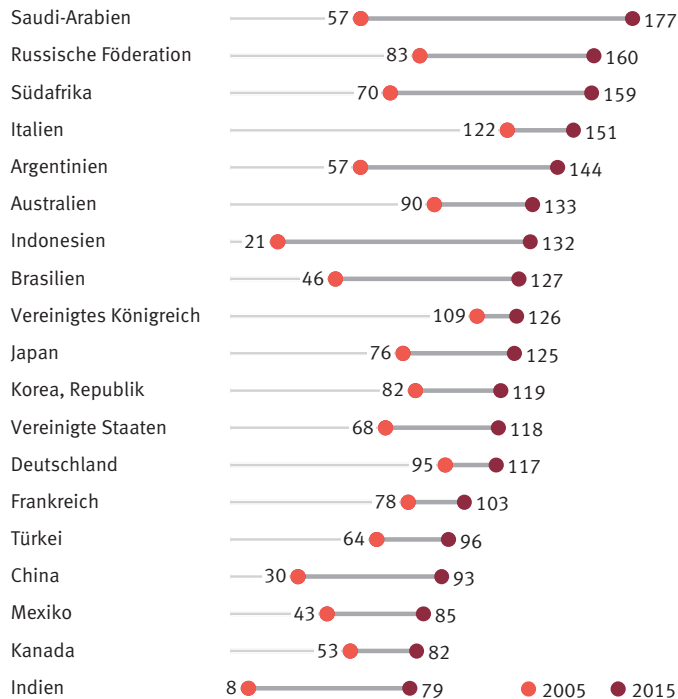
Quelle: Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Mobilfunk

Das Mobiltelefon ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Selten hat sich ein elektronisches Gerät weltweit so schnell durchgesetzt wie das Handy. In fast allen G20-Staaten gibt es mittlerweile mehr Mobilfunkverträge als Einwohner. Im Jahre 2015 lag Saudi-Arabien mit 177 Mobilfunkverträgen je 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner vorn, gefolgt von der Russischen Föderation mit 160 Verträgen. In Deutschland kamen auf 100 Personen 117 Mobilfunkverträge. Schlusslicht unter den G20-Mitgliedern war Indien mit 79 Verträgen je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Mobilfunkverträge

im Abonnement, je 100 Einwohner/-innen



Keine Daten für die Europäische Union.

Quelle: Internationale Fernmeldeunion (ITU)

5 Digitalisierung

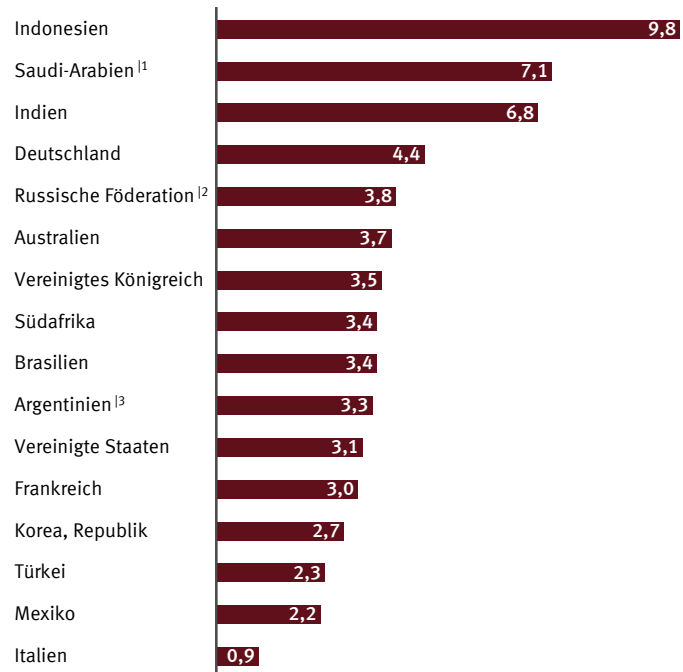
IKT-Nachwuchs

Die rasante Entwicklung neuer Technologien erfordert immer neue berufliche Qualifikationen. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung hängt die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft also auch von entsprechend qualifizierten Arbeitskräften ab.

Die Daten der UNESCO zeigen, dass 2014 in Indonesien fast jeder zehnte Studierende (9,8%) einen Abschluss im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) absolviert hat. Auch in Saudi-Arabien (7,1%) und Indien (6,8%) war das Interesse an IKT-Studiengängen überdurchschnittlich hoch. Das Vereinigte Königreich, Südafrika und Brasilien (3,5%) lagen bei den IKT-Abschlüssen im Mittelfeld. Schlusslicht unter den G20-Mitgliedern war Italien (0,9%).

Der Bereich IKT umfasst insbesondere Studienabschlüsse im Bereich IT-Software- und Applikationsentwicklung, Datenbanken, Netzwerkdesign und Netzwerkadministration.

IKT-Hochschulabsolventinnen und -absolventen 2014 in % aller Absolventinnen und Absolventen



1 Daten für 2015. – 2 Daten für 2013. – 3 Daten für 2011.

Keine Daten für China, Japan, Kanada und die Europäische Union verfügbar.

Quelle: Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)



Fokus Afrika Digitalisierung

Der afrikanische Kontinent ist digital bislang wenig erschlossen. Rund drei Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahren waren in den Subsahara-Staaten 2016 offline. Von den Haushalten verfügten nur 15 % über einen privaten Internetanschluss. Im weltweiten Durchschnitt lag dieser Wert bei 52 %. Vor allem den Menschen in ländlichen Gebieten fehlt häufig ein Zugang zum Internet. Auch Frauen profitieren – wie der von der ITU berechnete Internet Gender Gap zeigt – nicht in gleichem Maße von den Möglichkeiten der Digitalisierung wie Männer. Dieser Gender Gap betrug im Jahre 2016 in Subsahara-Afrika 23 % und lag somit deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 12 %. Beim Internet Gender Gap misst die ITU den Unterschied zwischen der Internetnutzungsrate von Männern und Frauen und setzt diesen prozentual ins Verhältnis zur männlichen Nutzungsrate.

Die Verbreitung von internetfähigen Mobiltelefonen schreitet jedoch auch in Subsahara-Afrika voran: Auf 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner kamen im Jahr 2016 durchschnittlich 29 Verträge mit mobilem Breitband-Internetanschluss. Weltweit kommen auf 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohner 49 Mobilfunkverträge mit Breitband-Internet.

Internetnutzung im Vergleich 2016

	Subsahara-Afrika	Weltweit
Internetnutzung von Personen ab 15 Jahren, in %		
Insgesamt	25,1	47,1
Männer ¹	28,4	51,1
Frauen ¹	21,9	44,9
Gender Gap bei Internetnutzung ¹	23,0	12,2
Haushalte mit Internetzugang, in %	15,4	52,3
Mobilfunkverträge mit Breitband-Internetanschluss (je 100 Einwohner/-innen)	29,3	49,4
Festinstallierte Breitband-Internetanschlüsse (je 100 Einwohner/-innen)	0,7	11,9

¹ ITU-Schätzungen.

Quelle: Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Weitere internationale Daten zu Digitalisierung

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

› itu.int/en/ITU-D/Statistics

Weltbank

› worldbank.org/en/topic/ict



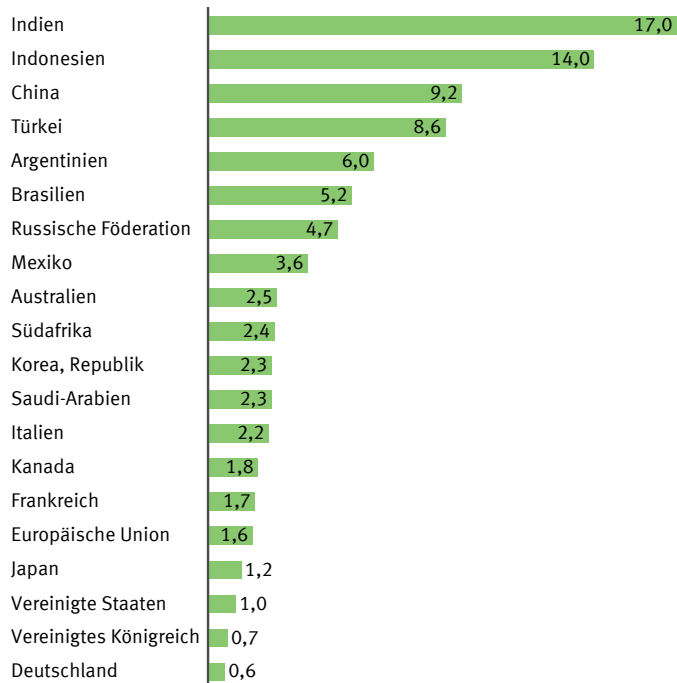
Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft

Die Vereinten Nationen haben sich im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG) das Ziel gesetzt, weltweit den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung zu erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Qualitative Aspekte der Landwirtschaft rücken somit immer stärker in den Fokus.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors Landwirtschaft ist in vielen Staaten vergleichsweise gering. Unter den G20-Staaten war der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung 2015 in Indien (17,0%), Indonesien (14,0%), China (9,2%) und der Türkei (8,6%) am höchsten. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich dagegen lag der Anteil unter 1%.

Wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft 2015

Anteil an der Bruttowertschöpfung, in %



Quelle: Vereinte Nationen, National Accounts Main Aggregates Database

Ressource Wasser

Bei der Ernährungssicherung spielt die Ressource Wasser eine zentrale Rolle: Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge entfallen etwa 70 % des weltweiten Wasserverbrauchs auf die Landwirtschaft, 20% auf die Industrie und den Energiesektor sowie 10 % auf die privaten Haushalte. In den einzelnen Staaten fällt der Wasserbedarf der Landwirtschaft allerdings unterschiedlich hoch aus. Zu den Einflussfaktoren gehören die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft, die verfügbaren Wasserressourcen, die klimatischen Bedingungen, die vorhandenen technischen Bewässerungsmöglichkeiten sowie das Wassermanagement.

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist die Landwirtschaft in Indien, Saudi-Arabien, Indonesien und der Türkei für mehr als 80 % des nationalen Wasserverbrauchs verantwortlich. In hoch entwickelten Industrieländern wie zum Beispiel Deutschland, Frankreich oder Kanada spielt der Wasserverbrauch der Landwirtschaft hingegen eine nachrangige Rolle. Dort werden die größten Wassermengen für die Energieproduktion und die Industrie benötigt.

Angesichts des globalen Bevölkerungswachstums wird sich der Wasserbedarf besonders in den Schwellenländern in den kommenden Jahrzehnten weiter erhöhen. Dabei ist Wasser in vielen Weltregionen bereits heute ein knappes Gut. Ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit der natürlichen Ressource ist somit geboten.

Die von der FAO zum Thema Wasser vorliegenden Daten sind lückenhaft. Für viele Länder liegen nur ältere Angaben vor, sodass die Aussagekraft hier sehr eingeschränkt ist. Die verfügbaren Daten zeigen, dass vor allem in Saudi-Arabien und Südafrika chronischer Wassermangel herrscht. Von chronischem Wassermangel spricht man, wenn je Einwohnerin bzw. Einwohner weniger als 1 000 m³ erneuerbare Wasserressourcen pro Jahr zur Verfügung stehen. Verschärft wird das Problem in Saudi-Arabien dadurch, dass der Wasserverbrauch pro Kopf mit 908 m³ im Jahr dort besonders hoch ist. Zur Deckung des Wasserverbrauchs wird in Saudi-Arabien auf die Entsalzung von Meerwasser und auf nicht erneuerbare Grundwasserressourcen zurückgegriffen.

Bei erneuerbaren Wasserressourcen zwischen 1000 und 1700 m³ pro Person und Jahr leiden Länder hydrologisch gesehen unter Wasserstress – hier sind zumindest temporär Probleme mit der Wasserverfügbarkeit zu erwarten. In diese Kategorie fallen unter den G20-Staaten die Republik Korea und Indien.

Wasserressourcen und Wasserverbrauch

	Wasserentnahme: Landwirtschaft	Wasserentnahme: Industrie	Verfügbarkeit: Erneuerbare Wasserressourcen	Wasserverbrauch: Wasserentnahme
	Bruttowasserentnahme in %		je Einwohner/-in, in m ³	
	Bezugsjahr in Klammern		2014	Bezugsjahr in Klammern
Argentinien	73,9 (2011)	10,6 (2011)	20 181	898 (2011)
Australien	65,7 (2013)	12,8 (2013)	20 527	824 (2013)
Brasilien	60,0 (2010)	17,0 (2010)	41 603	370 (2010)
China	64,5 (2013)	23,1 (2013)	2 018	432 (2013)
Deutschland	0,6 (2010)	83,3 (2001)	1 909	411 (2010)
Frankreich	10,4 (2012)	71,5 (2012)	3 277	476 (2012)
Indien	90,4 (2010)	2,2 (2010)	1 458	602 (2010)
Indonesien	81,9 (2000)	6,5 (2000)	7 839	521 (2000)
Italien	44,1 (2000)	35,9 (2000)	3 199	900 (2008)
Japan	66,8 (2009)	14,3 (2009)	3 397	641 (2009)
Kanada	12,2 (2010)	80,2 (2007)	80 746	1 113 (2009)
Korea, Republik	54,7 (2005)	15,3 (2002)	1 386	606 (2005)
Mexiko	76,7 (2011)	9,1 (2011)	3 637	658 (2011)
Russische Föderation	19,9 (2001)	59,8 (2001)	31 543	425 (2013)
Saudi-Arabien	88,0 (2006)	3,0 (2006)	76	908 (2006)
Südafrika	62,5 (2013)	10,5 (2013)	942	285 (2013)
Türkei	80,9 (2008)	10,7 (2003)	2 690	561 (2008)
Vereinigte Staaten	36,1 (2010)	51,2 (2010)	9 538	1 543 (2010)
Vereinigtes Königreich	12,8 (2012)	14,0 (2007)	2 271	129 (2012)

Für die Europäische Union sind keine Daten verfügbar.

Quelle: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Steigender Bedarf

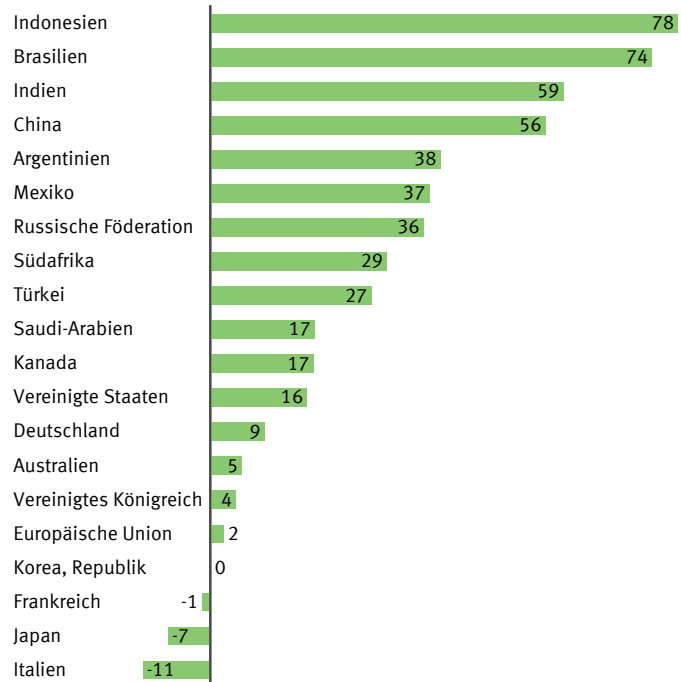
Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge wird der Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen insbesondere aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 um rund 70 % steigen.

Zwischen 2000 und 2014 erhöhte sich die landwirtschaftliche Produktion in Indonesien und Brasilien bereits um mehr als 70 %. Auch Indien und China verzeichneten einen deutlichen Anstieg von über 50 %. Diese beträchtliche Produktionssteigerung konnte unter anderem durch die intensive Anwendung von Bewässerungstechniken erreicht werden.

Auch wenn die Produktion global gesehen deutlich zunahm, war sie in diesem Zeitraum in einigen Industrienationen mit intensiver Landwirtschaft rückläufig (Italien – 11,2 %, Japan – 7,0 % und Frankreich – 1,4 %).

Landwirtschaftliche Produktion

Prozentuale Veränderung im Zeitraum 2000 bis 2014



Quelle: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Bekämpfung des Hungers

Weltweit ist die Zahl der Unterernährten seit 1990–92 um etwa ein Fünftel gesunken, aber wie Daten der FAO zeigen, leiden aktuell weltweit immer noch etwa 800 Millionen Menschen an Unterernährung. Fast 70% davon leben in Subsahara-Afrika, China und Indien. Dabei konnte insbesondere China in den letzten Jahren Erfolge im Kampf gegen den Hunger verbuchen: Seit Beginn der neunziger Jahre konnte die Zahl der

Unterernährten dort um mehr als die Hälfte reduziert werden. Hingegen bleibt die Bekämpfung des Hungers vor allem in Afrika eine große Herausforderung: Südlich der Sahara stieg die Zahl der unterernährten Menschen seit Anfang der neunziger Jahre um 25%. Auch in Indien leiden immer noch rund 200 Millionen Menschen an Unterernährung.

Unterernährung weltweit

	Zahl der Unterernährten					Veränderung seit 1990-92
	Millionen					%
	1990–92	2000–02	2005–07	2010–12	2014–16 ¹	2014–16 ¹
Afrika	182	210	213	219	233	28
Subsahara-Afrika	176	204	206	206	220	25
Ostasien	295	222	218	175	145	- 51
China	289	211	207	163	134	- 54
Südasien	291	272	319	274	281	- 3
Indien	210	186	234	190	195	- 7
Welt	1 011	930	942	821	795	- 21

¹ FAO Vorausberechnungen

Quelle: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Ökologische Landwirtschaft

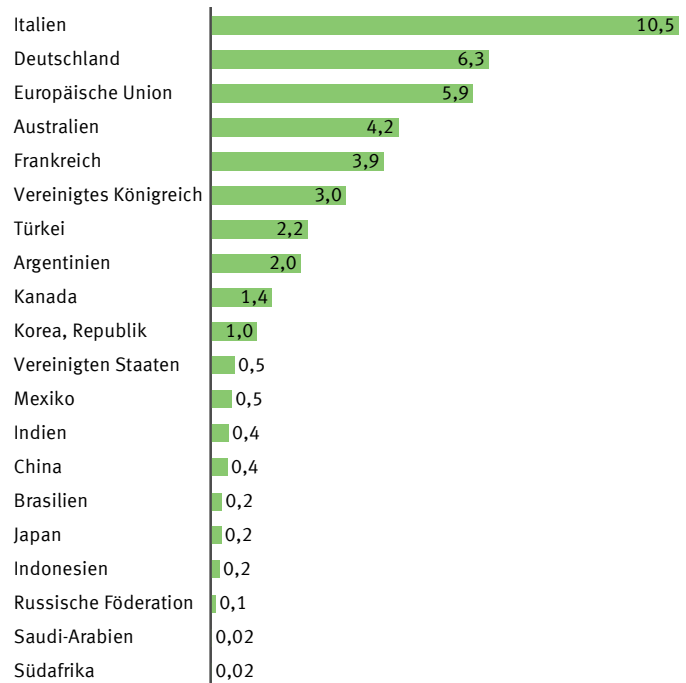
Die ökologische Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen schont natürliche Ressourcen, vermeidet Pestizideinsatz und fördert nachhaltiges Wirtschaften.

Beim Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen zählen die vier EU-Staaten unter den G20-Mitgliedern mit zur Spitzengruppe. Mit einem Anteil von 10,5 % stand Italien 2014 an erster Stelle, gefolgt von Deutschland (6,3 %), Australien (4,2 %), Frankreich (3,9 %) und dem Vereinigten Königreich (3,0 %).

In zehn G20-Staaten spielt die ökologische Landwirtschaft bislang hingegen kaum eine Rolle. Hier liegt der Anteil der Bioanbaufläche jeweils unter 1 %.

Ökologisch bewirtschaftete Fläche 2014

Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche insgesamt, in %



Quelle: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Wert für die Europäische Union: Eurostat



Kohlendioxidemissionen begrenzen

Im 2015 beschlossenen Klimaübereinkommen von Paris hat sich die internationale Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt, die durch Treibhausgase verursachte Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Weltweit haben inzwischen mehr als 140 Staaten das Pariser Protokoll ratifiziert.

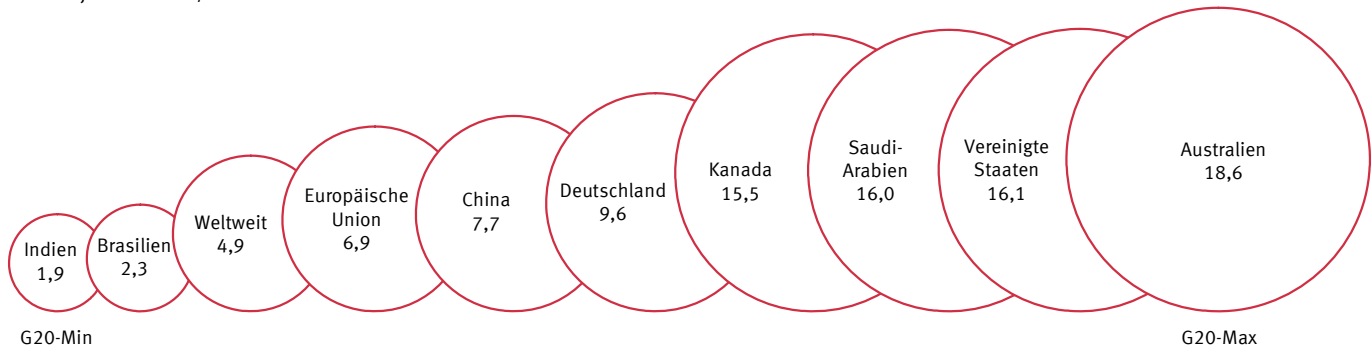
Kohlendioxid (CO₂) ist das wichtigste Treibhausgas und entsteht überwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger. China stieß im Jahr 2015 fast 30 % aller CO₂-Emissionen weltweit aus und war damit der mit Abstand größte Emittent. Große Anteile an den globalen Emissionen hatten auch die Vereinigten Staaten

(14 %), die Europäische Union (10 %), Indien (7 %) und die Russische Föderation (5 %). Zusammengekommen waren die G20-Staaten im Jahr 2015 für mehr als 81 % der globalen Kohlendioxidemissionen verantwortlich.

Bei der Analyse des Kohlendioxidausstoßes sind neben dem Gesamtausstoß eines Landes vor allem auch die Emissionen je Einwohnerin bzw. Einwohner entscheidend. Hier lagen Australien, die Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien und Kanada 2015 mit mehr als 15 Tonnen Kohlendioxid pro Einwohnerin bzw. Einwohner mit Abstand vorn.

Kohlendioxidemissionen 2015

Tonnen je Einwohner/-in



Ausgewählte G20-Staaten. Daten für andere G20-Staaten in Tabelle auf Seite 57.

Quelle: Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR/JRC)

China rangierte mit 7,7 Tonnen im Mittelfeld, aber auch bereits über dem EU-Durchschnitt von 6,9 Tonnen. Mit 9,6 Tonnen je Einwohnerin bzw. Einwohner lag Deutschland auch deutlich über dem EU-Mittel. In Indien, Indonesien, Mexiko, der Türkei und den südamerikanischen G20-Staaten waren die pro-Kopf-Werte unterhalb des weltweiten Durchschnitts von 4,9 Tonnen.

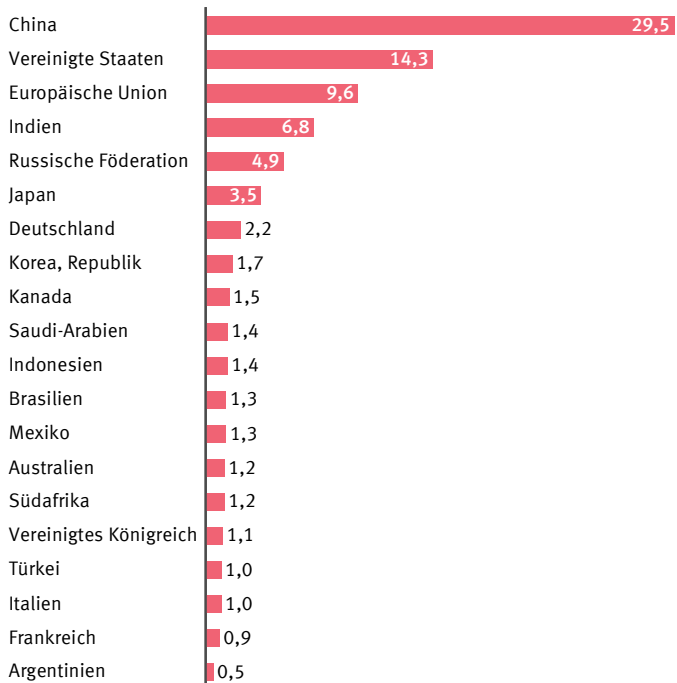
Gegenüber 1990 sind die Kohlendioxidemissionen im Jahr 2015 in vielen G20-Staaten stark gestiegen. Eine besonders hohe Steigerungsrate verzeichnete China, wo sich die jährlichen CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2015 mehr als

vervierfachen (+ 364 %). Aber auch Indien (+ 278 %), Indonesien (+ 215 %) und Saudi-Arabien (+ 202 %) erhöhten ihren Ausstoß erheblich.

Einige G20-Staaten stießen 2015 gegenüber 1990 weniger Kohlendioxidemissionen aus. Darunter waren das Vereinigte Königreich (– 31 %), die Russische Föderation (– 26 %) und Deutschland (– 24 %).

Kohlendioxidemissionen 2015

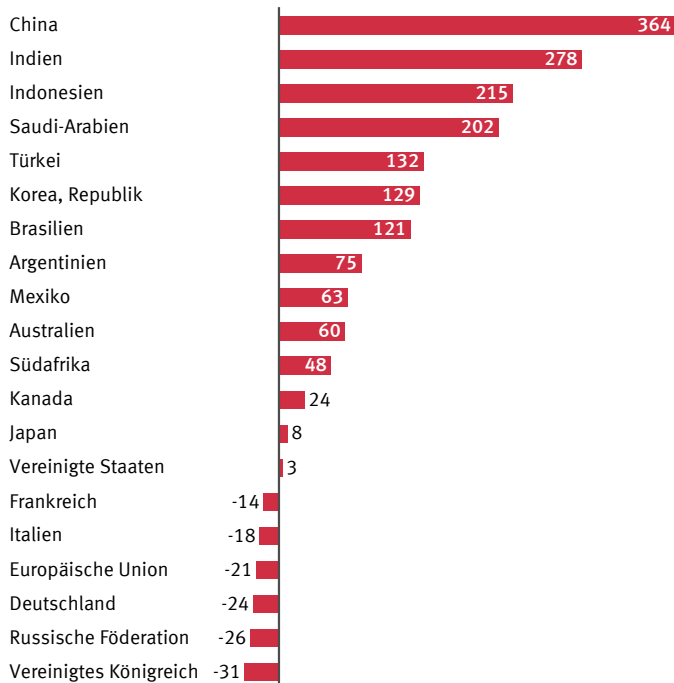
in % der weltweiten Emissionen



Quelle: Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR/JRC)

Kohlendioxidemissionen 2015: Veränderung gegenüber 1990

in %



Quelle: Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR/JRC)

Kohlendioxidemissionen

	Kohlendioxidemissionen 2015			
	Anteil an Emissionen weltweit	je Einwohner/-in	Veränderung seit 1990	im Verhältnis zum BIP
	%	Tonnen	%	kg je 1 000 int. US\$
Argentinien	0,5	4,4	75	355
Australien	1,2	18,6	60	430
Brasilien	1,3	2,3	121	162
China	29,5	7,7	364	579
Deutschland	2,2	9,6	- 24	217
Europäische Union	9,6	6,9	- 21	192
Frankreich	0,9	5,1	- 14	132
Indien	6,8	1,9	278	327
Indonesien	1,4	2,0	215	188
Italien	1,0	5,9	- 18	173
Japan	3,5	9,9	8	276
Kanada	1,5	15,5	24	361
Korea, Republik	1,7	12,3	129	355
Mexiko	1,3	3,7	63	225
Russische Föderation	4,9	12,3	- 26	503
Saudi-Arabien	1,4	16,0	202	319
Südafrika	1,2	7,7	48	613
Türkei	1,0	4,5	132	239
Vereinigte Staaten	14,3	16,1	3	306
Vereinigtes Königreich	1,1	6,2	- 31	158

Quelle: Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR/JRC)

Energie: Effizienz und Nachhaltigkeit

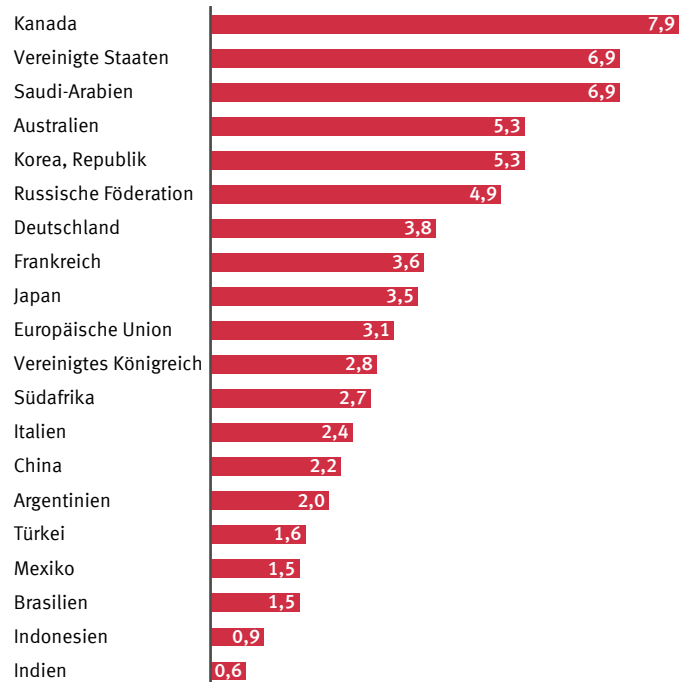
In einer Welt zunehmend knapper Ressourcen hängt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften stark von einer rohstoffsparenden Energieversorgung ab. Durch mehr Energieeffizienz sollen quantitative und qualitative Energieverluste bei Umwandlung, Transport und Speicherung von Energie minimiert werden.

Den höchsten Primärenergieverbrauch unter den G20-Staaten hatte 2014 China mit über drei Milliarden Tonnen Rohöleinheiten (RÖE), gefolgt von den Vereinigten Staaten mit 2,2 und der Europäischen Union mit 1,6 Milliarden Tonnen RÖE.

Pro Kopf war der Primärenergieverbrauch in Kanada mit 7,9 Tonnen RÖE am höchsten. Es folgten die Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien mit jeweils 6,9 Tonnen RÖE. Länder wie Indien (0,6t), Indonesien (0,9t) aber auch Brasilien und Mexiko (je 1,5 t) hatten einen deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Verbrauch.

Primärenergieverbrauch 2014

in Tonnen Rohöleinheiten (RÖE) je Einwohner/-in



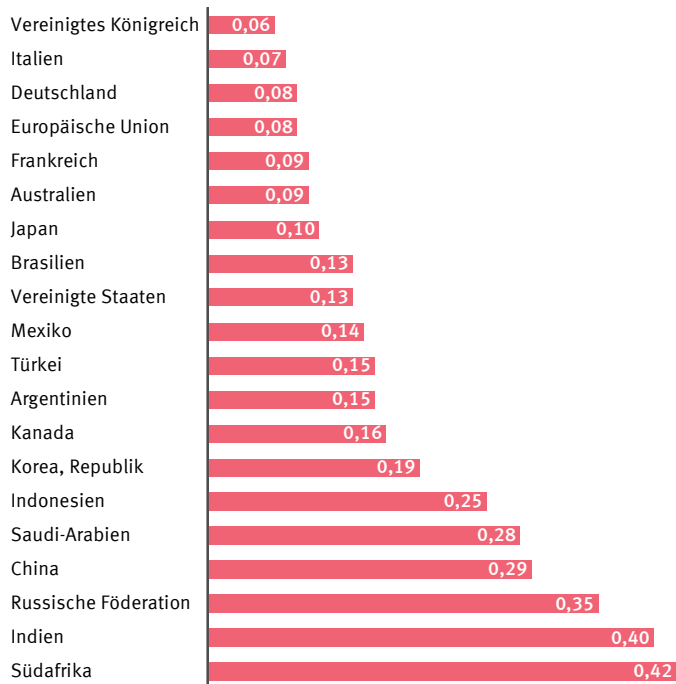
Quelle: Internationale Energieagentur (IEA)

Zur Beurteilung der Energieeffizienz analysiert die Internationale Energieagentur (IEA) die Energieintensität der Wirtschaft. Es geht dabei um die Frage, wie viel Energie zur Erzielung wirtschaftlicher Leistung eingesetzt werden muss.

Laut den Daten der IEA schneiden die Staaten der Europäischen Union im G20-Vergleich am besten ab. So wurde im Vereinigten Königreich für die Erwirtschaftung von einem internationalen US\$ ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) lediglich 0,06 kg RÖE an Energie verbraucht. Ähnlich niedrig war der Wert in Italien (0,07 kg RÖE), Deutschland (0,08) und Frankreich (0,09). Vergleichsweise hoch war der Wert in Südafrika (0,42), Indien (0,40) und der Russischen Föderation (0,35).

Energieintensität der Wirtschaft 2014

kg Rohöleinheiten (RÖE) Energieverbrauch je 1 int. US\$ BIP



Quellen: Internationale Energieagentur (IEA), Internationaler Währungsfonds (IWF)

Zukunftsorientierte Energiegewinnung

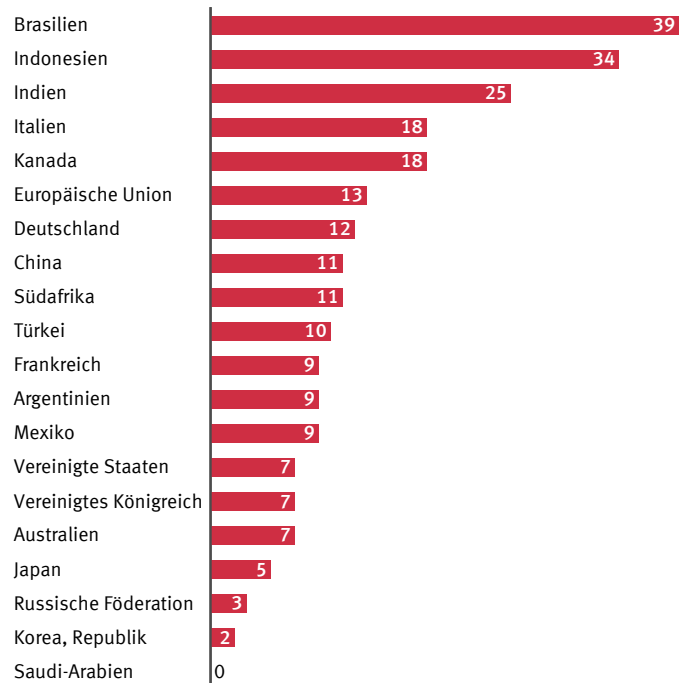
Ein nachhaltiger Umgang mit begrenzten Naturressourcen ist ohne den Ausbau erneuerbarer Energien nicht denkbar. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch ist in den G20-Staaten sehr unterschiedlich. Minimal bzw. gar nicht genutzt wurden regenerative Energien 2014 in Saudi-Arabien, der Republik Korea und der Russischen Föderation. Dagegen nutzten Länder wie Brasilien (39%), Indonesien (34%) und Indien (25%) Sonnen- und Windenergie, Wasserkraft und Erdwärme in vergleichsweise großem Umfang.

Die weltweite Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien betrug 2014 laut International Renewable Energy Agency (IRENA) insgesamt 5 294 Terrawattstunden (TWh). Drei Viertel davon (74%) wurden mit Wasserkraft erzeugt, gefolgt von Windkraft (13%), Biomasse (8%), Sonnenenergie (4%) und Erdwärme (1%).

In den Staaten der Europäischen Union ist der Anteil der Stromerzeugung, der aus erneuerbaren Quellen stammt, in den vergangenen Jahren besonders stark gestiegen. Vorreiter war Italien, wo sich zwischen 2000 und 2014 der Anteil erneuerbarer Energien an der Elektrizitätserzeugung von 19% auf 43% erhöhte. Auch in Deutschland stieg der Anteil von Strom aus erneuerbaren Quellen deutlich von 6% auf 26%, im Vereinigten Königreich von 3% auf 20%. Weitere Daten hierzu werden in der Übersichtstabelle am Kapitelende auf Seite 62 präsentiert.

Erneuerbare Energien 2014

in % des Primärenergieverbrauchs



Quelle: Internationale Energieagentur (IEA)

Erneuerbare Energien finanziell fördern

Die Investitionen in erneuerbare Energien (große Wasserkraftprojekte ausgenommen) sind laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 23 % auf 241,6 Mrd. US\$ gesunken. Zugleich stieg jedoch die neu installierte Kapazität von erneuerbaren Energie von 127,5 Gigawatt (GW) (2015) auf einen Rekordwert von 138,5 GW (2016). Hauptgrund für die Steigerung der Neukapazität trotz gesunkener Investitionssumme waren die deutlich gesunkenen Kosten für Photovoltaikanlagen sowie für Windenergie – an Land und Offshore.

Verglichen mit 2015 war insbesondere in Asien ein Rückgang der Investitionen zu verzeichnen: In Japan sank im Jahresvergleich die Summe um 56 % auf 14,4 Mrd. US\$, in China um 32 % auf 78,3 Mrd. US\$. Dennoch kam mit 48 % fast jeder zweite weltweit in erneuerbare Energien investierte Dollar aus Asien. Allein 32,4 % der globalen Investitionen stammten aus China, das somit auch bei der Finanzierung von erneuerbaren Energien Spitzenreiter blieb. An zweiter Stelle lagen die Vereinigten Staaten mit einer Investitionssumme von 46 Mrd. US\$, 10 % weniger als 2015. Europa war der einzige Kontinent, bei dem 2016 eine Zunahme zu verzeichnen war. Hier erreichten die Investitionen insgesamt 59,8 Mrd. US\$, was knapp einem Viertel der globalen Summe entspricht.

Investitionen in erneuerbare Energien 2016

	Neue Investitionen in erneuerbare Energien	Veränderung zum Vorjahr
	Mrd. US\$	%
Nord- und Südamerika	59,3	- 17
Vereinigte Staaten	46,4	- 10
Brasilien	6,8	- 4
Sonstige Länder	6,1	- 54
Asien und Ozeanien	114,8	- 33
China	78,3	- 32
Japan	14,4	- 56
Indien	9,7	0
Sonstige Länder	12,4	- 7
Europa	59,8	3
Deutschland	13,2	- 14
Vereinigtes Königreich	24,0	- 1
Sonstige Länder	22,6	22
Naher Osten und Afrika	7,7	- 32
Weltweit	241,6	- 23

Quelle: „Global Trends in Renewable Energy Investment 2017“, Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) / Bloomberg New Energy Finance

7 Klima | Energie

	Energieproduktion	Nettoenergieimporte (+) bzw. -exporte (-)	Primärenergie- verbrauch	Primärenergie- verbrauch je Einwohner/-in	Erneuerbare Energien		
					Anteil am Primärenergie- verbrauch	Anteil an der Strom- erzeugung	
	Mill. t RÖE			t RÖE	%		
	2014	2014	2014	2014	2014	2000	2014
Argentinien	75	14	87	2,0	8,7	33,2	31,5
Australien	366	- 235	125	5,3	6,5	8,4	14,9
Brasilien	267	43	303	1,5	38,6	89,5	73,1
China	2 593	508	3 052	2,2	11,2	16,6	22,6
Deutschland	120	196	306	3,8	11,6	6,2	26,1
Europäische Union	775	884	1 565	3,1	12,9	13,9	28,5
Frankreich	137	114	243	3,6	8,8	13,0	16,4
Indien	542	290	825	0,6	25,3	13,6	15,4
Indonesien	458	- 231	226	0,9	34,4	16,0	11,4
Italien	37	115	147	2,4	18,1	18,9	43,4
Japan	27	422	442	3,5	4,8	9,1	14,0
Kanada	470	- 185	280	7,9	17,9	60,6	62,8
Korea, Republik	49	233	268	5,3	1,5	1,4	1,6
Mexiko	208	- 15	188	1,5	8,5	19,8	17,5
Russische Föderation	1 306	- 571	711	4,9	2,5	18,7	16,6
Saudi-Arabien	622	- 405	214	6,9	0,0	-	0,0
Südafrika	168	- 18	147	2,7	10,8	0,7	1,4
Türkei	31	94	122	1,6	9,9	24,9	20,9
Vereinigte Staaten	2 012	258	2 216	6,9	6,9	8,2	13,0
Vereinigtes Königreich	108	87	179	2,8	6,7	2,7	19,4

- = keine Daten verfügbar.

Quelle: Internationale Energieagentur (IEA)

Weitere internationale Daten zu Klimawandel und Treibhausgasemissionen

Europäische Kommission, Emission Database for Global Atmospheric Research, Joint Research Centre (EDGAR/JRC)

› edgar.jrc.ec.europa.eu

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)

› unfccc.int/2860.php

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

› oecd.org/env/cc

Weitere internationale Daten zu Energie

Internationale Energieagentur (IEA)

› iea.org

International Renewable Energy Agency (IRENA)

› irena.org



Globale Herausforderungen

Im Zuge der Globalisierung steht auch der Gesundheitssektor vor neuen Herausforderungen. Durch den intensiven internationalen Handels- und Reiseverkehr können sich übertragbare Krankheiten schneller und großräumiger ausbreiten als früher.

Die G20 setzt sich deshalb für eine Verbesserung des globalen Gesundheitskrisenmanagements und eine nachhaltige Stärkung der Gesundheitssysteme in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Erhöhten Handlungsbedarf sehen die Staaten auch beim Kampf gegen Antibiotikaresistenzen.

Management globaler Gesundheitskrisen

Der Ausbruch der Ebola-Epidemie 2014 in Afrika und die Verbreitung des Zikavirus 2015 in Mittel- und Südamerika sind nur zwei Beispiele aus jüngster Zeit, die deutlich machen, wie wichtig ein effizientes globales Krisenmanagement im Gesundheitsbereich ist.

Seit 2007 gelten in nahezu allen Staaten weltweit die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO, mit deren Hilfe die grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten vermieden bzw. bekämpft werden soll. Staaten sind den IGV zufolge verpflichtet, der WHO bestimmte Krankheitsausbrüche zu melden sowie festgelegte Maßnahmen zu deren Prävention und Bekämpfung umzusetzen.

Die WHO führt jährlich Befragungen bei allen UN-Mitgliedstaaten durch, bei denen die staatlichen Behörden ihre Kapazitäten zur Einhaltung der IGV einschätzen. Erfüllt ein Staat nach eigenem Ermessen alle WHO-Anforderungen einer bestimmten Kapazität, erhält der Staat für diese den Indexwert 100.

Wie die Daten der WHO verdeutlichen, bewerteten viele G20-Staaten ihre Kapazitäten für das Jahr 2015 insgesamt sehr positiv. So geben die südafrikanischen Behörden bei allen 13 Kapazitäten – darunter Aspekte wie Risikokommunikation, Lebensmittelsicherheit oder der Umgang mit chemischen Ereignissen – einen Wert von 100 an. Ähnlich hohe Werte melden auch Australien, China,

Deutschland, Japan, Kanada, Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten. Laut Selbsteinschätzung gibt es insbesondere in Argentinien, Italien und Türkei noch Handlungsbedarf, wobei für Italien die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2011 stammen.

Analysiert man die einzelnen Kapazitäten im Detail zeigt sich, dass insbesondere bei den Aspekten „Umgang mit chemischen Ereignissen“ und „Grenzübergangsstellen“ in mehreren Ländern noch Defizite bestehen.

Zudem hat die WHO zusammen mit Partnern das Joint External Evaluation (JEE) Tool entwickelt – ein Modell für eine Evaluation des IGV-Umsetzungsstandes durch externe Gutachter. Damit kann die Zuverlässigkeit und Aussagekraft einer Bewertung gesteigert werden. Staaten können eine solche Bewertung freiwillig durchführen. Für die Früherkennung und Bekämpfung lokaler Ausbrüche ist es von entscheidender Bedeutung, dass die IGV weltweit konsequent umgesetzt werden. Dafür ist die Stärkung lokaler Gesundheitssysteme von zentraler Wichtigkeit.

Internationale Gesundheitsvorschriften (IGV)

	Bewertung der IGV-Kapazitäten 2015 (Selbsteinschätzung Index, Umfassende Einhaltung aller Subkriterien = 100)												
	Gesetzgebung	Koordination	Überwachung	Reaktion	Einsatzbereitschaft	Risikokommunikation	Personal	Laborereignisse	Grenzübergangsstellen	Zoonose	Lebensmittelsicherheit	Chemische Ereignisse	Radio-nukleare Ereignisse
Argentinien	50	73	80	100	100	86	100	90	83	100	80	69	62
Australien	100	100	100	100	100	100	100	96	100	100	100	100	100
Brasilien	100	100	100	100	100	100	100	96	67	100	100	92	100
China	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	92	100
Deutschland ¹	100	100	95	100	100	100	100	96	100	100	100	100	100
Frankreich	100	90	95	100	80	100	60	100	27	100	100	100	100
Indien ²	100	100	100	81	90	100	100	100	83	100	100	62	100
Indonesien	100	100	100	94	100	100	80	100	94	100	100	85	100
Italien ³	50	56	80	78 ³	67	71	50	100	80	100	92	100	83
Japan	100	100	100	100	100	100	100	100	94	100	100	100	100
Kanada	100	100	95	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Korea, Republik ¹	100	100	100	100	100	100	100	96	100	100	100	100	100
Mexiko	100	70	95	94	100	100	100	100	94	100	100	100	100
Russische Föderation	100	90	100	72	81	100	80	66	15	100	80	92	77
Saudi-Arabien ¹	100	100	95	100	100	100	100	100	97	100	100	100	92
Südafrika	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Türkei ¹	75	73	60	94	61	57	100	96	62	89	80	69	92
Vereinigte Staaten	100	100	100	100	100	100	100	60	100	100	100	100	100

1 Daten für 2014. – 2 Daten für 2013. – 3 Daten für 2011.

Keine Daten für das Vereinigte Königreich und die Europäische Union verfügbar.

Quelle: Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Gesundheitsausgaben

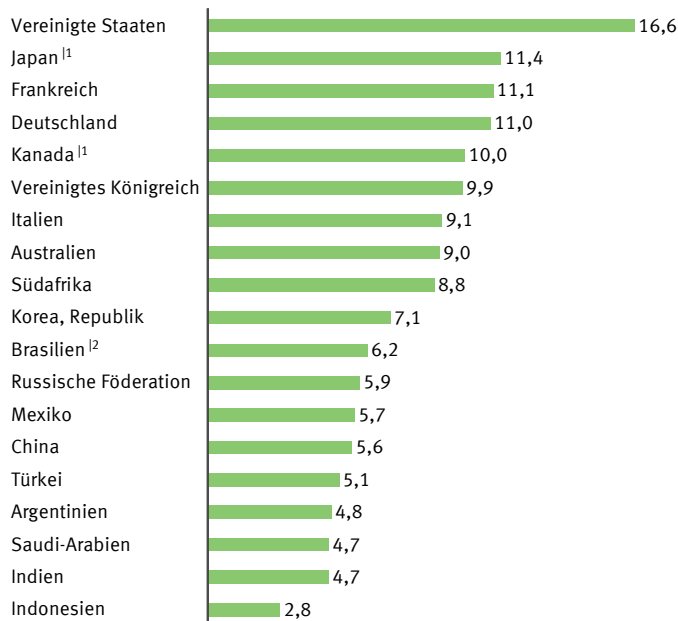
Die laufenden Gesundheitsausgaben variieren zwischen den Staaten der G20 erheblich: Die Altersstruktur der Bevölkerung, das allgemeine Gesundheitsbewusstsein aber auch die Struktur des derzeitigen Gesundheitssystems sind dabei wichtige Einflussfaktoren.

Bei den Daten gibt es von Land zu Land methodische Unterschiede, die Einschränkungen bei der Datenvergleichbarkeit zur Folge haben. Für einen G20-Vergleich eignen sich in erster Linie die Daten der OECD, ergänzt um Angaben der WHO für Saudi-Arabien und Argentinien. Danach verzeichneten die Vereinigten Staaten 2014 die höchsten Aufwendungen: Die laufenden Gesundheitsausgaben (öffentliche und private) betragen dort rund 9 000 internationale US\$ je Einwohnerin bzw. Einwohner. Dies entsprach knapp 17 % des Bruttoinlandsprodukts.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt waren die Gesundheitsausgaben auch in Japan, Deutschland und Frankreich (jeweils 11 % des BIP) sowie in Kanada (10 %) überdurchschnittlich hoch. Pro Kopf lagen die Gesundheitsausgaben in diesen Ländern zwischen 4 000 und 5 200 internationalen US\$.

Laufende Gesundheitsausgaben 2014

in % des Bruttoinlandsprodukts



1 Vorläufige Werte. – 2 Daten für 2013.

Keine Daten für die Europäische Union verfügbar. Abweichende Methodik für Argentinien, Australien, China, Indien, Indonesien, Saudi-Arabien und Südafrika.

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Werte für Saudi-Arabien und Argentinien: Weltgesundheitsorganisation (WHO)

In den Entwicklungs- und Schwellenländern wird deutlich weniger Geld für Gesundheit aufgewendet. So betragen 2014 die Ausgaben in Indien knapp 5 %, in Indonesien rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Grundsätzlich gilt es hierbei zu berücksichtigen, dass die alleinige Höhe der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung keine umfassende Bewertung des Versorgungsniveaus und der Effizienz des Gesundheitssystems erlaubt.

Unterschiede gibt es nicht nur bei der Höhe der Gesundheitsausgaben – auch das Finanzierungsmodell unterscheidet sich von Land zu Land. Dies gilt insbesondere für den Anteil der öffentlich finanzierten Kosten. So wurden in Indien und Indonesien lediglich 30 % bzw. 38 % der Gesundheitsausgaben aus öffentlichen Mitteln und gesetzlichen Versichertenbeiträgen abgedeckt. In den Vereinigten Staaten lag dieser Anteil bei 49 %. In Japan und Deutschland wurde das Gesundheitssystem zu jeweils 85 % aus öffentlichen Mitteln bzw. gesetzlichen Versicherungsbeiträgen finanziert.

Um die ambitionierten Vorgaben der UN Sustainable Development Goals (Agenda 2030) zu erfüllen, denen zufolge eine allgemeine Gesundheitsversorgung für alle Menschen angestrebt wird, ist eine weltweite Stärkung von Gesundheitssystemen erforderlich. Eine der wichtigsten Lektionen der Ebola-Krise war zudem, dass nur durch reaktionsfähige Gesundheitssysteme die Ausbreitung schwerer übertragbarer Erkrankungen verhindert werden kann. Wie dies gelingen kann, diskutiert in diesem Jahr erstmals auch die G20.

Gesundheitsausgaben 2014

	Laufende Gesundheitsausgaben		Öffentliche Gesundheitsausgaben
	% des BIP	int. US\$ je Einwohner/-in	% der laufenden Gesundheitsausgaben
Argentinien	4,8	1 137	55,0
Australien	9,0	4 207	66,6
Brasilien ¹²	6,2	1 020	55,2
China	5,6	731	55,8
Deutschland	11,0	5 119	84,6
Frankreich	11,1	4 367	78,7
Indien	4,7	267	30,0
Indonesien	2,8	302	37,8
Italien	9,1	3 207	75,8
Japan ¹¹	11,4	4 152	84,6
Kanada ¹¹	10,0	4 492	70,7
Korea, Republik	7,1	2 361	56,5
Mexiko	5,7	1 035	51,8
Russische Föderation	5,9	1 369	62,6
Saudi-Arabien	4,7	2 466	75,0
Südafrika	8,8	1 147	48,2
Türkei	5,1	990	77,6
Vereinigte Staaten	16,6	9 024	49,3
Vereinigtes Königreich	9,9	3 971	79,6

1 Vorläufige Werte. – 2 Daten für 2013.

Keine Daten für die Europäische Union verfügbar. Abweichende Methodik für Argentinien, Australien, China, Indien, Indonesien, Saudi-Arabien und Südafrika.

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Werte für Saudi-Arabien und Argentinien: Weltgesundheitsorganisation (WHO)

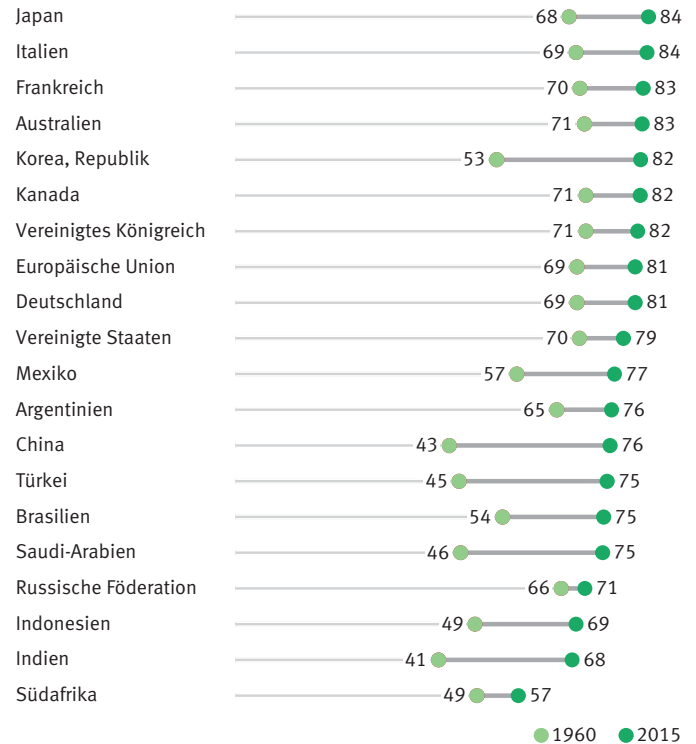
Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in den letzten 50 Jahren global um durchschnittlich zwanzig Jahre gestiegen. Dazu haben viele Faktoren beigetragen, darunter insbesondere verbesserte Hygiene, weniger belastende Arbeitsbedingungen, neue Impfstoffe und andere Errungenschaften der modernen Medizin. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch Antibiotika, die vor mehr als 70 Jahren erstmalig als Medikament zur Behandlung bakterieller Infektionskrankheiten eingesetzt wurden. Die Daten der Weltbank zeigen, dass sich die Lebenserwartung zwischen 1960 und 2015 in den bevölkerungsreichsten Ländern China (+ 33 Jahre) und Indien (+ 27 Jahre) — ausgehend von einem niedrigen Niveau — besonders stark erhöhte. Die höchste Lebenserwartung unter den G20-Staaten verzeichnete 2015 Japan mit 83,8 Jahren.

Global gesehen betrug die Lebenserwartung bei Geburt 2015 in über 30 Staaten mehr als 80 Jahre. In gut 20 Staaten lag sie hingegen unter 60 Lebensjahren. Diese lagen alle auf dem afrikanischen Kontinent. Laut Weltbank hatten 2015 Neugeborene in Swasiland, Lesotho, Sierra Leone und der Zentralafrikanischen Republik mit rund 50 Jahren die global niedrigste Lebenserwartung. Die vergleichsweise geringen Werte in vielen Ländern Afrikas sind in hohem Maße auf virale Krankheiten, insbesondere AIDS, sowie ernährungsbedingte Faktoren zurückzuführen.

Lebenserwartung bei Geburt

in Jahren



Quelle: Weltbank

Antibiotika

Die Wirksamkeit von Antibiotika gegen bakterielle Infektionen hat mit zur Erhöhung der globalen Lebenserwartung beigetragen. Doch ihre Wirksamkeit ist zunehmend gefährdet. Ihr übermäßiger oder nicht bestimmungsgemäßer Gebrauch sowohl bei Menschen als auch in der Landwirtschaft führt zunehmend zu Resistenzen. Diese erschweren die Behandlung bestimmter Infektionen und führen auch zu höheren Kosten bei der Bekämpfung von Krankheiten.

Wie die WHO unter Berufung auf Daten des Informationsdienstleisters QuintilesIMS berichtet, gibt es beim Einsatz von Antibiotika in den G20-Staaten deutliche Unterschiede: Während in Mexiko 2014 im Durchschnitt fünf Standardeinheiten je Einwohnerin bzw. Einwohner eingenommen wurden, betrug die Menge in der Republik Korea mit 28 Einheiten je Einwohnerin bzw. Einwohner mehr als das Fünffache.

Vergleicht man die Nutzung von Antibiotika im Zeitverlauf zeigt sich ebenfalls ein uneinheitliches Bild: In Frankreich und Mexiko hat der Verbrauch seit 2000 stark nachgelassen, in der Türkei und China ist er deutlich gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein vermehrter Einsatz vielfach auf einen verbesserten Zugang zu Therapiemöglichkeiten zurückzuführen ist.

Antibiotikaeinsatz

	Standardeinheiten je Einwohner/-in	
	2000	2014
Argentinien	8,8	9,4
Australien	19,3	24,6
China	3,4	9,9
Frankreich	31,1	21,9
Italien	15,5	14,5
Japan	24,0	17,2
Kanada	19,7	15,3
Korea, Republik	23,6	28,3
Mexiko	14,1	5,4
Türkei	14,5	26,0
Vereinigte Staaten	25,8	19,6
Vereinigtes Königreich	21,8	22,5

Daten nur für ausgewählte G20-Staaten verfügbar.

Quelle: QuintilesIMS

Antimikrobielle Resistenzen

Laut Analysen der OECD haben Antibiotikaresistenzen zwischen 2005 und 2014 in nahezu allen OECD-Staaten zugenommen. Laut einem von der britischen Regierung in Auftrag gegebenen Bericht („Review on Antimicrobial Resistance“, O’Neill) fordern antimikrobiell resistente Keime derzeit jährlich rund 700 000 Todesopfer weltweit. Modellrechnungen der Weltbank zufolge werden antimikrobielle Resistenzen in den kommenden Jahrzehnten deutlich spürbare Auswirkungen auf die Höhe der Gesundheitsausgaben haben. Die Weltbank rechnet für das Jahr 2050 je nach Szenario mit einem Kostenzuwachs zwischen 1,1 % und 3,8 % der globalen Wirtschaftsleistung.

Besonders deutlich wird die Relevanz antimikrobieller Resistenzen bei Tuberkuloseerkrankungen. Schätzungen der WHO zufolge wurden allein im Jahr 2015 weltweit rund 10,4 Millionen Neuerkrankungen diagnostiziert, darunter etwa 480 000 Fälle mit multiresistenten und 100 000 Fälle mit Rifampicin-resistenten Tuberkulosebakterien. Im Vergleich zur Standardbehandlung ist die Therapie solcher Erkrankungen aufwändiger, teurer und hat geringere Aussichten auf Erfolg.

Von den 580 000 Personen mit multiresistenter oder Rifampicin-resistenter Tuberkulose hatten laut WHO nur 125 000 Zugang zu den notwendigen Therapiemaßnahmen. Und lediglich die Hälfte der adäquat Therapierten konnte geheilt werden.

Inzidenz von (multi-)resistenter Tuberkulose 2015

	Neuerkrankungen an multiresistenter / Rifampicin-resistenter Tuberkulose	
	Zahl der Fälle	je 100 000 Einwohner/-innen
Argentinien	530	1,2
Australien	62	0,3
Brasilien	2 300	1,1
China	70 000	5,1
Deutschland	230	0,3
Frankreich	88	0,1
Indien	130 000	9,9
Indonesien	32 000	12,4
Italien	120	0,2
Japan	270	0,2
Kanada	31	0,1
Korea, Republik	2 900	5,8
Mexiko	910	0,7
Russische Föderation	60 000	42,0
Saudi-Arabien	150	0,5
Südafrika	20 000	37,0
Türkei	710	0,9
Vereinigte Staaten	180	0,1
Vereinigtes Königreich	110	0,2
Welt	580 000	7,9

Keine Daten für die Europäische Union verfügbar.

Quelle: Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Neben Maßnahmen zur Eindämmung von Resistenzen sind auch neue Wirkstoffe zur Bekämpfung von Infektionen nötig. Die G20 beschäftigt sich daher auch mit der Notwendigkeit, verstärkt in die Forschung und Entwicklung neuer Präparate zu investieren.

Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft

Antibiotika und andere antimikrobielle Substanzen werden zur Bekämpfung von Krankheiten bei Nutztieren eingesetzt und haben somit auch Einfluss auf die Lebensmittelsicherheit und -qualität. Eine Verabreichung erfolgt, um erkrankte Tiere zu therapieren bzw. die Ausbreitung von Krankheiten einzudämmen. In geringer Dosis werden sie auch zur Förderung des Wachstums dem Tierfutter beigemischt – eine EU-weit seit 2006 verbotene, aber global durchaus noch verbreitete Praxis.

Neben dem Einsatz bei Nutztieren finden antimikrobielle Substanzen auch in der Aquakultur und als Spritzmittel bei Feldfrüchten Verwendung. Schätzungen über den weltweiten Verbrauch an antimikrobiellen Substanzen in der Landwirtschaft variieren stark. Der FAO zufolge ist von einem jährlichen globalen Verbrauch von mindestens 60 000 Tonnen bei Nutztieren auszugehen. Die G20-Staaten haben dieses Thema erstmalig beim Gipfel 2016 in Hangzhou diskutiert und sich in der G20-Agrarministererklärung 2017 auf Maßnahmen zur Reduzierung des Einsatzes antimikrobieller Substanzen in der Landwirtschaft geeinigt.

International liegen keine hinreichend vergleichbaren Daten zum Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft vor. Die Tabelle zeigt die Entwicklung der letzten Jahre für die europäischen G20-Staaten auf Basis von Daten der European Medicines Agency. Demnach ist der Einsatz in allen vier Staaten verglichen mit dem Jahr 2010 rückläufig.

Antibiotikaeinsatz bei Nutztieren

	Verkauf von Antibiotika und anderen antimikrobiellen Substanzen für den veterinären Einsatz		
	mg / kg Nutztier		Veränderung seit 2010 ¹ in %
	2010 ¹	2014	2014
Deutschland	212	149	- 29
Frankreich	136	107	- 21
Italien	421	332	- 21
Vereinigtes Königreich	68	62	- 9

¹ Daten für Deutschland von 2011

Quelle: European Medicines Agency

Weitere internationale Daten zu Gesundheit

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

› who.int/tb

› apps.who.int/nha/database

Center for Disease Dynamics, Economics & Policy (CDDEP)

› cddep.org

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (OECD)

› oecd.org/els/health-systems/antimicrobial-resistance.htm

European Medicines Agency

› ema.europa.eu



Übergreifendes

Die **Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung** wurde am 25. September 2015 beim UN-Nachhaltigkeitsgipfel von allen Mitgliedstaaten verabschiedet. Kernstück der Agenda bilden 17 Nachhaltigkeitsziele (**Sustainable Development Goals**), darunter beispielsweise „Armut beenden“, „Ungleichheit verringern“ oder „Klimaschutz bekämpfen“. Die UN-Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, sich für die Umsetzung der Agenda bis zum Jahr 2030 einzusetzen.

Die **BRICS-Staaten** sind eine Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften. Die Abkürzung steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Staaten: Brasilien, Russische Föderation, Indien, China und Südafrika. Alle BRICS-Staaten sind zugleich auch G20-Mitglieder.

Die **Gruppe der 20 (G20)** ist ein informeller Zusammenschluss führender Industrie- und Schwellenländer und ein wichtiges Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die G20 ist keine internationale Organisation und verfügt über keinen eigenen Verwaltungsapparat.

Bevölkerung | Migration

Bevölkerungsvorausrechnungen zeigen, wie sich die Bevölkerungszahl und der Altersaufbau der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen zur Entwicklung wesentlicher Komponenten der Bevölkerungsbewegung – Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Migration – innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens verändern. Die Vereinten Nationen veröffentlichen Vorausrechnungen für

alle UN-Staaten und berechnen dabei acht Varianten, darunter beispielsweise „hohe Fertilität“ oder „keine Migration“. Die in dieser Veröffentlichung präsentierten Daten entsprechend der mittleren Variante („mittlere Fertilität“).

Wirtschaft | Finanzen

Das nominale **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** entspricht dem Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung einer Volkswirtschaft in einer festgelegten Periode. Die Veränderungsrate des inflationsbereinigten BIP – auch reale Veränderung genannt – dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum.

Das **Bruttonationaleinkommen (BNE)** entspricht der Summe der innerhalb eines Jahres von allen Bewohnerinnen und Bewohnern eines Staates (Inländer) erwirtschafteten Primäreinkommen, unabhängig davon, ob diese im Inland oder im Ausland erzielt wurden.

Der **Bruttoschuldenstand** eines Staates entspricht dem Nominalwert aller am Jahresende ausstehenden Bruttoverbindlichkeiten (Bargeld und Einlagen, Schuldverschreibungen und Kredite) nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatssektors. Der Staatssektor umfasst die folgenden Teilsektoren: Zentralregierung, Staatsregierung, Kommunen und Sozialversicherungsfonds.

Die **Bruttowertschöpfung** wird durch Abzug der Vorleistungen von den Produktionswerten errechnet; sie umfasst somit nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert.

Die Bruttowertschöpfung ist bewertet zu Herstellungspreisen, das heißt ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen. Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt sind die Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) global hinzuzufügen.

Die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr wird als **Inflationsrate** bezeichnet. Der Verbraucherpreisindex misst die Preisentwicklung einer repräsentativen Auswahl an Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen.

Der **internationale Dollar (int. US\$)** ist eine von der Weltbank errechnete Vergleichswährung, mit deren Hilfe Unterschiede im Preisniveau zwischen den Staaten ausgeglichen werden. Die Kaufkraft eines internationalen Dollars entspricht der Kaufkraft eines US-Dollars in den Vereinigten Staaten. Die Angabe in internationalen Dollar ermöglicht es, die wirtschaftliche Leistung oder auch Einkommen in unterschiedlichen Staaten kaufkraftbereinigt miteinander zu vergleichen.

Außenwirtschaft

Die **Außenhandelsquote** in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt das Verhältnis zwischen der Summe aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sie ist ein Maß für die außenwirtschaftliche Verflechtung einer Volkswirtschaft.

Ausländische Direktinvestitionen sind internationale Investitionen, die ein in einem Wirtschaftsgebiet ansässiger Investor tätigt, um eine langfristige Beteiligung an einem in einem anderen Wirtschaftsgebiet ansässigen Unternehmen zu erwerben. Langfristige Beteiligung bedeutet, dass eine dauerhafte Beziehung zwischen dem Direktinvestor und dem Unternehmen besteht und dass der Investor einen maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Unternehmens ausübt. Nach Definition des Internationalen Währungsfonds ist ein Unternehmen Gegenstand einer Direktinvestition, wenn ein Direktinvestor mindestens 10% der Stammaktien oder Stimmrechte eines Unternehmens besitzt. Bei Direktinvestitionen unterscheidet man zwischen Investitionsflüssen (flows) in einer bestimmten Referenzperiode und Beständen (stocks) zu einem bestimmten Referenzzeitpunkt. Investitionen können sowohl von Unternehmen als auch durch Privatpersonen getätigt werden.

Die **Leistungsbilanz** ist Teil der Zahlungsbilanz. In ihr werden der grenzüberschreitende Warenhandel, der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr, grenzüberschreitende Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen und Vermögensübertragungen zusammengefasst. Ein negativer **Leistungsbilanzsaldo** (Leistungsbilanzdefizit) zeigt an, dass das betreffende Land mehr verbraucht als es produziert hat. Seine Importe übersteigen die Ausfuhren. Damit baut es Auslandsvermögen ab bzw. verschuldet sich im Ausland. Weist ein Land hingegen einen Leistungsbilanzüberschuss auf, so führt es mehr

aus als es an fremden Waren und Dienstleistungen nachfragt. Dieses Land bildet damit Vermögen im Ausland.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (**Official Development Assistance, ODA**) werden die Mittel genannt, die Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungshilfesausschusses (**Development Assistance Committee, DAC**) Entwicklungsländern direkt oder durch internationale Organisationen zur Verfügung stellen. Hauptziel von ODA-Leistungen ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Zielländern.

Arbeitsmarkt

Die **Erwerbslosenquote** ist der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen einer Altersgruppe. Als erwerbslos gemäß ILO gilt, wer im betreffenden Zeitraum nicht erwerbstätig war, nach eigener Auskunft in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat und eine neue Arbeit innerhalb von zwei Wochen aufnehmen könnte.

Als **Erwerbspersonen** gelten alle Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Zahl der Erwerbspersonen ergibt sich aus der Summe der Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Die **Erwerbstätigenquote** entspricht dem Anteil der Bevölkerung, der erwerbstätig ist. Dabei gelten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge alle Personen als erwerbstätig, die nach eigener Auskunft in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder als Selbstständige gearbeitet haben

oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie nur vorübergehend abwesend waren – beispielsweise aufgrund von Krankheit, Urlaub oder Elternzeit.

Die **Selbstständigenquote** misst den Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen. Selbstständige sind freiberuflich Tätige sowie Personen, die ein Unternehmen oder einen Betrieb bzw. Arbeitsstätte als (Mit-)Eigentümerin bzw. Eigentümer, Pächterin bzw. Pächter oder als selbstständige Handwerker oder Gewerbebetreibende leiten.

Als **teilzeitbeschäftigt** gelten nach Definition der OECD Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer oder Selbstständige, die weniger als 30 Stunden pro Woche in ihrer Haupttätigkeit arbeiten.

Der **unbereinigte Gender Pay Gap** ist laut OECD-Definition die Differenz zwischen dem Medianeinkommen von Männern und Frauen im Verhältnis zum Medianeinkommen der Männer. Bei der Berechnung berücksichtigt die OECD ausschließlich Vollzeitbeschäftigte und Selbstständige. Dieser Indikator ist nicht um strukturelle Faktoren – wie zum Beispiel Unterschiede bei der Berufswahl, bei Qualifikationen oder Arbeitserfahrung – bereinigt.

Landwirtschaft | Ernährung

Die FAO definiert **Hunger** als chronische **Unterernährung**. An Unterernährung leiden Personen, die den notwendigen Tagesbedarf an Energie (bzw. Kalorien) über den Zeitraum von mindestens einem Jahr nicht ausreichend decken können.

Der **Index für landwirtschaftliche Produktion** der FAO zeigt das relative Volumen der landwirtschaftlichen Produktion eines Jahres im Vergleich zum Basisjahr (2004–2006). Der Index entspricht der Summe der preisgewichteten Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Abzug von Vorleistungen (z. B. Tierfutter).

Klima | Energie

Der Indikator **Energieintensität der Wirtschaft** zeigt an, wie effektiv Energie bei der Wertschöpfung eingesetzt wird. Er stellt den Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Als **erneuerbare Energien** gelten alle natürlichen Energievorkommen, die entweder auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu zählen Wasserkraft, Windenergie, Sonnenenergie, Erd- und Umgebungswärme sowie Biomasse.

Der **Klimavertrag von Paris** ist eine Vereinbarung der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) zum Klimaschutz. Er wurde im Dezember 2015 auf dem UN-Klimagipfel in Paris verabschiedet. Ein Kernziel ist die Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau.

Der **Primärenergieverbrauch** im Inland entspricht der Summe der Gewinnung von Primärenergieträgern im Inland, der Bestands-

veränderungen und des Saldos der Im- und Exporte von Energieträgern. Als **Primärenergie** gelten alle Energieträger, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind. Zu den Primärenergieträgern zählen beispielsweise Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas, Wasser, Wind und Sonnenstrahlung.

Rohöleinheit (RÖE) ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 kg Rohöleinheit entspricht 11,63 Kilowattstunden (kWh).

Gesundheit

Zu den **laufenden Gesundheitsausgaben** zählen gemäß dem System of Health Accounts (SHA) die Ausgaben für sämtliche Güter und Leistungen mit dem Ziel der Gesundheitsprävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege sowie die Kosten der Verwaltung. Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens, Aufwendungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen sowie Ausgaben für den Ausgleich krankheitsbedingter Folgen (zum Beispiel Leistungen zur Eingliederungshilfe) sind nicht enthalten.

Multiresistente Tuberkulose ist eine durch Bakterien ausgelöste Form der Tuberkulose, die gegenüber den Standardmedikamenten Isoniazid und Rifampicin resistent ist.



www.destatis.de/g20
www.destatis.de/international
www.g20.org

Zentraler Auskunftsdienst
Kontaktformular: www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05